Einzelverkaufspreis: 1,50 mark incl. 5,5% mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 108 17. 1. 1976

D 22354 C

INLAND

AUSLAND

ERKLÄRUNGEN

DOKUMENTATIONEN

herausgeber :
frankfurter informations - dienst e. v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611 / 70 43 52

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 90 03 43

postscheckkonto :
frankfurter informations - dienst e. v.
6 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602

redaktionsschluß :
donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur:
f.kern

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79

463 bochum-querenberg
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/39 12 67

vierteljahrsabo: 18 DM
gegen vorkasse

druck : eigendruck

Liebe ID-Abonnenten,

zwei Inhaltsverzeichnisse von bisher erschienenen Informationsdiensten liegen vor. Inhaltsverzeichnis 1 (August 1973 bis August 1974) und Inhaltsverzeichnis 2 (Oktober 1974 bis August 1975). Sie kosten je 1,50 Mark. Wenn ihr bestellt, beachtet bitte dies: Wir verschicken sie nur gegen Vorkasse, also wenn der Einzahlungsabschnitt eures Überweisungsscheins vorliegt. (Ihr könnt auch 1,50 Mark in Briefmarken (bzw. 3 Mark), plus 30 Pfennige Porto').

ID–KORRESPONDENTENGRUPPE GEBILDET

HAMBURG (ID) 14. Januar

Verschiedene Projektgruppen haben sich zu einer Korrespondentengruppe für den Hamburger Bereich zusammengetan. Die Entfernung Frankfurt – Hamburg schrumpft so auf die Größe eines Gangs um die Ecke / Fahrt mit der Straßenbahn / eines Ortsgesprächs. Die Gruppe ist über den Buchladen „Die Hälfte des Himmels" zu erreichen. Dort können sowohl Berichte/Nachrichten/ Hinweise abgegeben werden, als auch evtl. Hilfe bei Problemen, die dabei auftreten, geklärt werden. Hamburger, macht von dieser Möglichkeit Gebrauch! Auf in den „Himmel"!

INLAND

PATIENTENVERSORGUNG WIE AM FLIEßBAND ?

FRANKFURT (ID) 8. Januar

3500 Planstellen will die Landesregierung Rheinland-Pfalz im Jahre 1976 einsparen. Diese Meldung brachte die AZ Mainz. Die „Rote Klinik", Betriebszeitung der KPD/ML,berichtet in diesem Zusammenhang über eine Stoppuhrenaktion an den Universitätskliniken in Mainz:

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht in den Kliniken: Vertreter der Kliniksbürokratie stellten sich auf einigen Stationen mit der Stoppuhr hinter die Kolleginnen und hielten auf die Zentelsekunde den Zeitaufwand für die einzelnen pflegerischen Leistungen fest.

Viele Kollegen waren über diese Unverschämtheit sehr empört. So sagten Kollegen: „Man will uns hier zu Robotern machen, die die Patienten am Fließband behandeln." Oder „Das ist doch Ausbeutung" !

Die Kollegen setzten sich teilweise massiv zur Wehr, andere folgten eingeschüchtert,aber mit Haß den Anweisungen. Viele Kollegen entlarvten sofort, daß diese Aktion nur dazu dienen sollte, den Stellenabbau voranzutreiben.

Daraufhin sahen sich die Herren von der Direktion gezwungen zu anderen Mitteln zu greifen.

Mit dem Segen des Personalrats kam eine „Information" an alle Beschäftigten des Klinikums heraus, die eine Erklärung zur Durchführung der Personalbedarfsrechnung für den Gesamtbereich Klinikum enthielt. Vorgedruckte Bögen wurden auf den Stationen verteilt,in denen jede Schwester eintragen sollte, wieviel Zeit sie für die einzelnen Arbeitsgänge benötigt.

Mit der Lüge, diese Erhebungen dienten dazu,das Planstellen-Ist statistisch zu untermauern, wollte man uns diese Neuauflage der Stoppuhrenaktion schmackhaft machen.

Der Personalrat ließ verlauten, ihm sei diese Argumentation „einleuchtend". An diesem Beispiel leuchtet wohl jedem ein,auf welcher Seite der Personalrat steht: auf der Seite der Kliniksleitung.

Wenn hier wirklich festgestellt werden soll,wieviel Personal gebraucht wird, dann sollen die Herren doch mal auf die Stationen kommen und uns fragen; wir können ihnen genau sagen,wieviel neue Planstellen eingerichtet werden müssen,um eine geregelte Versorgung der Patienten sicherzustellen. – Dazu brauchen wir keine Stoppuhren und Fragebögen.

Die Grau- und Weißkittel mit der Stoppuhr sind aus der Industrie sattsam bekannt. Dort wie hier dienen sie nur einem Zweck: Festzustellen,wieviel Kollegen man wegrationalisieren kann, ohne daß dann der Betrieb zusammenbricht.

Die Verwaltungsbonzen geben mit der Anwendung von solchen Methoden unfreiwillig zu, daß sie die Patienten mit der gleichen „Wertschätzung" ansehen, wie der Fabrikingenieur ein Werkstück.

In einzelnen Kliniken merkte man den Schwindel,und die Kollegen meinten:„Das sind sowieso keine objektiven Zahlen, denn die vielen kleinen Zwischentätigkeiten erscheinen garnicht auf dem Bogen, weil einfach auch die Zeit fehlt,das alles festzuhalten." Aber selbst wenn wir über jede Sekunde Rechenschaft ablegen würden, blieben die Fragebögen doch ein Mittel für die Kliniksverwaltung zum weiteren Stellenabbau.

Wenn einzelne Schwestern versuchten,die Fragebögen zu boykottieren, war es der Personalrat, der sie darauf hinwies, daß sie dieser „Arbeitsanweisung" folgen müßten.

Daß die Kollegen sich aber nicht verscha ukeln lassen,zeigte sich spätestens auf der Personalversammlung am 18.12. Die Kollegen zeigten eindeutig, daß sie nicht gewillt sind, der Kliniksleitung auch noch das Material für weitere Entlassungen zu liefern. Ein Kollege äußerte sein Erstaunen über die Zustimmung des Personalrats zu der Arbeitsanalyse. Er entlarvte den Zynismus der Kliniksbürokratie, die Menschen mit Maschinen gleichsetzt.

Mit großer Mehrheit beschlossen die anwesenden Kollegen die Ablehnung der Personalbedarfsrechnung.

Das war ein Erfolg. Aber es wäre eine Illusion zu glauben,die Direktion würde jetzt ihr Vorhaben aufgeben. Als der Einsatz von Stoppuhren auf den Widerstand der Kollegen stieß, versuchten sie es mit Fragebögen. Auf die eine oder andere Weise werden sie auch jetzt versuchen,ihre Rationalisierungspläne durchzusetzen. Vorerst sollen 400 Planstellen im Pflegebereich und 120 im ärztlichen Bereich gestrichen werden. Dabei ist ihnen die Unterstützung der meisten Personalräte sicher.

Das kleine Beispiel der Personalversammlung zeigt aber auch, auf welchem Weg wir gegen die Angriffe der Kliniksleitung und allgemein gegen die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen Erfolge erzielen können. Nicht im Vertrauen auf den Gewerkschaftsapparat und Personalräte, die zum größten Teil unsere Interessen gegen fette Pöstchen verkaufen, sondern im Vertrauen auf die eigenen Kräfte.

PROTOKOLL ZUM ERSTEN PROZESSTAG GEGEN GEFANGENE VOM „4. FEBRUAR"

HAMBURG (ID) 14. Januar

Besucher des „Prozesses in Hamburg" geben folgenden Bericht zu Protokoll:

„Angeklagt sind die Genossen Christa Eckes, Wolfgang Beer, Helmut Pohl, Ekkehard Blenck, Margrit Schiller, Ilse Stachowiak, Eberhard Becker, Kay Allnach. Sie wurden am 4.2.74 in zwei Wohnungen in Frankfurt und Hamburg festgenommen. Der Vorsitzende ist der Staatsschutzrichter Gerd Ziegler, der sich schon in mehreren poltischen Prozessen (Margrit Schiller, Hausbesetzer) profilierte. Eine Wahlverteidigung hat nur Kay Allnach (Niese und Maeffert). Allen anderen sind Zwangsverteidiger zugeordnet worden, die keine Schwierigkeiten mit ihrer Rolle als Staatsschutzmarionetten haben. Die Zuhörer (etwa 20 bis 30 Genossen und wie üblich Polizei in Zivil und Uniform) sind durch eine Panzerglasscheibe vom Zuhörerraum getrennt, die eine normale Verständigung unmöglich macht. Presse und Rundfunk sind reichlich vertreten.

Die Gefangenen sind eineinhalb Jahre lang isoliert und haben erst seit Sommer 75 wechselweise Umschluß (Männer und Frauen jeweils unter sich). Die erste Forderung der sieben Genossen – alle

außer Allnach — ist deshalb eine Stunde gemeinsamen Umschluß für alle, um sich auf ihre Verteidigung kollektiv vorbereiten zu können. Allnach hat seit ca. zwei Monaten Haftverschonung, weil im letzten Frühjahr an einer lebensgefährlichen Darmerkrankung laboriert, die während der Haft monatelang verschlampt worden ist. Ziegler geht auf den Antrag nicht ein und behauptet, er sei „zu Unzeit gestellt". Erst müsse die Vernehmung zur Person und die Erklärung der Verhandlungsfähigkeit gelaufen sein. Die Genossen bestehen auf ihrer Forderung, und Ziegler läßt vier Genossen brutal durch ein bereits auf Einsatz wartendes Rollkommando aus dem Saal schleifen. Einige Zwangsverteidiger wollen sich wichtig machen und ihrer Rolle als Marionetten den Anschein von Berechtigung geben und versuchen, was zum Ausschluß zu sagen. Sie werden von den Gefangenen sehr entschieden darauf verwiesen, daß sie in diesem Prozeß nichts zu sagen haben, und Margrit Schiller schaltet einem von ihnen das Mikrofon aus. Darauf hin werden die drei verbliebenen Gefangenen — bis auf Allnach — aus dem Saal geschleift. Reaktionen im Zuschauerraum: aus Empörung fliegen Bänke um, einige gehen zu Bruch. Ein Genosse wird wegen der eingetretenen Bank festgenommen. Als ihm das nicht nachgewiesen werden kann, wird er zu zwei Tagen Ordnungshaft verurteilt, weil er gesagt hat, er müsse aufs Klo. Eine Genossin, die ihn umarmte, als er abgeführt wurde, hat jetzt ein Verfahren wegen Gefangenenbefreiung am Hals.

Kritik an uns: Jeder äußerte seine Empörung individuell, gemeinsames Vorgehen war nicht abgesprochen. Nur so konnte es passieren, daß einzelne abgeführt werden konnten.

Nachdem Ziegler sich am Vormittag seinen Weg freigeholzt hatte, fängt er am Nachmittag mit der Vernehmung zur Person auf seine Art an, indem er anhand von Dokumenten die Identität der Angeklagten feststellt, wobei ihm verschiedene Verwechslungen unterlaufen. Allnach, der sich auch während der Tumulte teilnahmslos verhalten hat, bestätigt seine Identität. Allein unter sich fangen jetzt die Staatsschutz-Marionetten an, die Verhandlungsfähigkeit der sieben ausgeschlossenen Gefangenen zu klären, nachdem seitenlange unverständliche medizinische Befunde zu Allnachs Krankheit vorgelesen worden sind und der ohne Einspruch für verhandlungsfähig erklärt worden ist. Was für Laien davon verständlich war, ist, daß z.B. bei psychischer Belastung sich die Krankheit verschärfen kann, und daß dann keine operative Möglichkeit mehr besteht. Wenn sich der Richter, Allnach und seine Verteidiger dennoch ohne Probleme auf eine Verhandlungsfähigkeit einigen, steckt sicherlich die Spekulation auf Haftunfähigkeit oder geringes Strafmaß dahinter. Sein Verhalten ermöglicht es dem Staatsschutz, ihn in der Frage der Verhandlungsfähigkeit gegen seine Genossen auszuspielen."

PROZESS GEGEN DIE „AUSEINANDERSETZUNG"

KASSEL (AUSEINANDERSETZUNG/ID) Ende Dezember 75 Der Verkauf der „Auseinandersetzung" auf dem Schulgelände veranlaßte Direktor Froeb zur Anklage wegen Hausfriedensbruch. Gegen das erste Urteil — 500 DM Geldstrafe für die beiden Angeklagten Uli und Horst — wurde Revision eingelegt. (Zur genaueren Vorgeschichte s. ID 66, 67, 74). Das Oberlandesgericht Frankfurt entschied im September 75 folgendermaßen:

Die Verurteilung wegen Hausfriedensbruch wurde bestätigt, die (mangelnde) Begründung des Strafmaßes jedoch gerügt. So wurde die Sache zur Verhandlung über die Strafe an eine andere Kammer des Amtsgerichtes in Kassel zurückverwiesen.

Die durch die Entscheidung des OLG Frankfurt notwendig gewordene Verhandlung fand am 13.11.75 beim Amtsgericht Kassel unter Vorsitz des Richters Lengemann statt. Uli und Horst legten ihren Standpunkt nochmal dar: daß es ein Witz ist, in diesem Fall überhaupt von Hausfriedensbruch zu sprechen, und daß das Verkaufen vor dem Haupteingang keineswegs den Tatbestand erfüllt, wie er im Strafgesetzbuch (StGB) umrissen ist. Es lag kein Eindringen in ein Gebäude oder einen Raum vor, der Haupteingang ist über einen Parkplatz zum Bürgersteig hin offen, in gleicher Höhe ist keine Hecke oder Zaun, die das Schulgelände für jeden erkennbar „umfrieden". Doch abgesehen davon halten sie nach wie vor das Recht auf Meinungsäußerung und Informationsfreiheit auf jeden Fall als vorrangig vor dem Hausrecht des Direktors zu werten. Da jedoch durch das OLG-Urteil das Verkaufen bereits als „Hausfriedensbruch" bestätigt worden war, konnten sie juristisch diese Überlegung der Güterabwägung (von verschiedenen Rechtsgütern, Hausrecht contra Meinungsfreiheit) nicht mehr geltend machen.

Die Verteidigung beantragte die Einstellung des Verfahrens (wenn überhaupt, geringe „Schuld" im Sinne des StGB, kein Vorsatz, Ausübung der freien Meinungsäußerung als subjektiver Rechtfertigungsgrund), was der Staatsanwalt jedoch ohne weitere Ausführungen ablehnte. Er forderte indessen ohne nähere Begründung („Urteil der anderen Kammer des Amtsgerichts ist richtig"), und ohne auch nur die Entscheidung des OLG zu erwähnen, die selbe Bestrafung wie im ersten Prozeß. Also: 20 Tagessätze (jetzt nach veränderter Berechnungsgrundlage) zu je 15 Mark für Uli und je 20 Mark für Horst. Die Rechtsanwälte beantragten nach einer neuen Regelung des StGB (§ 59) eine „Verwarnung mit Strafvorbehalt". Also quasi eine Verurteilung ohne Bestrafung, bzw. wo die Bestrafung entsprechend dem „späteren Verhalten der Täter" noch festgesetzt werden kann. Diese Regelung soll laut StGB dann Anwendung finden, wenn die „Schuld gering" ist und eine „Wiederholung der Straftat" nicht zu erwarten ist. Nach kurzer Beratung fällte das Gericht das Urteil („Im Namen des Volkes", versteht sich) entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Also ein Urteil, welches die Entscheidung des OLG (s.o.) praktisch ignoriert. Schon einige Blicke auf die Urteilsbegründung machen deutlich, daß eine bestimmte Politik (mittels einer akrobatisch-juristischen Argumentation) verurteilt wurde: Richter Lengmann sprach von „Störung des Schulfriedens", und von „bewußter Untergrabung der Autorität des Direktors". Außerdem begründete er das unveränderte Strafmaß mit der „Uneinsichtigkeit der Angeklagten", die auch nach der Anzeige weiter die AUSEINANDERSETZUNG vor dem WG verkauft haben und sich auch angesichts der Entscheidung des OLG nicht „eines besseren" besonnen hätten. Natürlich, der weitere Verkauf geschah zu einem Zeitpunkt, als es noch kein Urteil zu dieser Sache gab und es nicht einzusehen ist, warum man die seltsame Rechtsauffassung eines Direktors sofort zu teilen hat, — doch aus diesem Urteil spricht wieder einmal mehr der Zynismus der Macht und Ignoranz.

Die Rechtsanwälte (laut der neuesten Veränderung der StPO, die die Justiz sich für den RAF-Prozeß in Stuttgart geschaffen hat, darf ab 1.1.75 ein Rechtsanwalt nur einen „Angeklagten" — auch wenn es um Gemeinschaftliche „Delikte" geht — vor Gericht vertreten.) haben Rechtsmittel eingelegt, womit man sich eine Revision oder Berufung gegen das Urteil vorbehalten und die Einspruchsfrist verlängern kann. Zur Zeit diskutieren wir mit den Rechtsanwälten und bei uns, wie wir weiter vorgehen werden, welche politischen und juristischen Möglichkeiten noch offen stehen, und welche sinnvoll sind. Wir werden weiter darüber berichten, doch egal wie's weitergeht, die ganze Geschichte kostet uns bisher (Anwälte,Prozesse, Geldstrafen) so um die 1500 Mark (grob geschätzt). Dies Geld können wir nicht allein zahlen, schon bei der Produktion der Zeitung zahlen wir jedes mal drauf. Wir sind also auf eure Solidarität angewiesen; auf die Unterstützung all jener, die irgendeine Beziehung zur „Auseinandersetzung" haben oder denen ganz einfach diese Schweinereien stinken. Bisher konnten wir 550 Mark sammeln, es bleibt also noch einiges zu tun. Und denkt nicht, daß ihr sowie so nur so wenig geben könnt, ein paar Mark von vielen helfen letztlich doch weiter.

Postscheckkonto: Ludwig Pfeiffer, Ffm 303717 — 6000
Vermerk: Prozeß (wichtig!)

ÜBRIGENS — IN FRANKFURT GIBT'S AB JETZT EIN FRAUENCAFÉ

FRANKFURT (ID) 15.Januar Im neuen Jahr ist ein sehr gemütliches Café eröffnet worden. Das Café in der Niedenau Nr. 51 ist Montag, Mittwoch und Samstag von 16.00 — 19.00 Uhr geöffnet.

Dort können Frauen: sich mal ohne Männer unterhalten
ausruhen, lesen
Tee, Kaffee trinken
ihre Kinder mitbringen
Informationen austauschen und
Informationen erhalten und und...

LESBISCHE WEIHNACHTEN IM ODENWALD

FRANKFURT (ID) 14. Janaur

Vom 23. 12. bis 4.1. haben wir, ca. 70 Lesben aus der BRD, West-Berlin und der Schweiz, im Jugendhof im Bessunger Forst in einem Haus des Bundes deutscher Jungenschaften, unsere Weihnachtsferien zusammen verlebt.

Wir haben die Essensversorgung selbst kollektiv geregelt und konnten ungestört und ohne die üblichen Diskriminierungen Ansätze von neuen Lebensformen entwickeln. Trotz unterschiedlicher Altersgruppen und obwohl wir aus den verschiedensten Lebensbereichen kommen, konnten wir uns gegenseitig Kraft geben.

Es gab verschiedene Arbeitsgruppen: Frauengeschichte, Lesbenpolitik, Sexualität, feministische Therapie. Außerdem haben wir Karate und Yoga gemacht, gemalt und Fußball gespielt. Viele Frauen haben Bücher mitgebracht, so daß wir eine kleine Bibliothek von Frauenliteratur zusammenstellen konnten. Wir bekamen allmählich eine Ahnung davon, was Frauenkultur bedeuten kann.

Für den Sommer ist ein mehrwöchiges Frauen-Lager geplant. Wir suchen noch einen Platz dafür. Wenn ihr einen Platz wißt, wo wir so ein Lager machen könnten, schreibt uns bitte.

In Kürze wird Frankfurt in der Kiesstraße 16 ein Lesbenzentrum eröffnet. Weitere Informationen: Lesbenpresse: (zu beziehen über LAZ, Kulmer Str. 20 a, 1000 Berlin 30, 3. Hinterhaus, 2. Stock, nur durch Einzahlung von 2 Mark und 1,20 Mark Porto auf Postscheckkonto Maria Lang 399023-103 Berlin -West);
UkZ (Unsere kleine Zeitung): Verlag S. Helene Richter, Postfach 410802, 1000 Berlin 41, Postscheckamt Berlin -We st, Nr. 402350-108, Postbezug vierteljährlich 7,50 Mark;
Lesbeninfo, Monika Walther, Grevenstr. 165-167, 4400 Münster. (weiteres siehe Erklärungen)

FREEKWORK SUCHT FREEKKONTAKTE

OBEROLM (ID) 8. Januar

Die freekwork Kommune sucht Kontakt mit allen alternativ-freeks. Wir sind am Austausch von Informationen über folgende Themenkreise interessiert: Ökologie, biologisch-dynamischer Anbau, Alternativ-Energie, Regelkreissysteme, alternative Lebensformen, freekdörfer, und alles was so alternativ ist. Bei Besuchen bitte vorher anrufen (06136/3056) oder schreiben an Steve – Freekwork, Obergasse30, 6501 Oberolm.

Vom 15. – 18. Januar 76 ist ein Treffen in Hamburg zum Thema Ökologie. In Hamburg ist die größte Konzentration von Atomkraftwerken geplant. Das nehmen wir zum Anlaß, dort über folgende Probleme zu reden:
– Darstellung der offiziellen Energiepolitik
– Reaktion und Widerstand in der Bevölkerung
– Alternative Energieformen
– Praktische Entwicklung und Anwendung für unseren Lebensbereich
– Weitere ökologische Probleme: Weinanbau, Transport, Müll.
Schickt bitte Themenvorschläge und Diskussionsbeiträge (auch Anmeldungen).

Im Februar findet auf der schwäbischen Alb eine Ausstellung statt, von der VHS mitorganisiert. Jeder kann alles ausstellen. Ein Fest mit Musikgruppen wie Elster Silberflug, Happenings und andere Veranstaltungen sind geplant. Info's darüber bei: Misch Franf, 717 Schwäbisch Hall, Oberlimpurg, Tel.:)791 3190

Über Atomkraftwerke gibt es eine Sondernummer der Freien Presse Nr. 9 (1,– DM), c/o Impuls, 633 Wetzlar, Postfach 1704, Betrag von DM 1.– in Briefmarken beilegen.

NEUE FILME IM VERLEIH

HAMBURG (ID) 14. Januar

Beim Zentral–Filmverleih können neue politische Filme für Veranstaltungen, Gruppen und andere Interessierte zu nichtkommerziellen Bedingungen bestellt werden. Bei den Verleihpreisen betragen die Kosten für selbstfinanzierte Veranstaltungen in der Regel 60 Mark pro Vorführung. In den Verleihkatalog sind jetzt neu aufgenommen:

„Kalldorf gegen Mannesmann" – 600 Arbeiter kämpfen gegen die geplante Schließung der Fabrik;
„Lehrlinge an der Berufsschule", eine Selbstdarstellung von Lehrlingen;
„Poder Popular", „Viva Portugal" und „Cooperativa de Argea", drei Filme zu Portugal;
ein Film zu Chile,
Filme über Streiks und Betriebsbesetzungen,
über türkische Arbeiterkinder in Berlin-Kreuzberg und
„Frauen – Schlußlichter der Gewerkschaft".

Das komplette Verleihprogramm, weitere Informationen und Bestellungen bei: Zentral Film Verleih, Karl-Muck-Platz 9, 2000 Hamburg 36, Tel.: 34 55 44.

„KOMM RAUS, MACH MIT – MACH WEITER"

BERLIN (ID) 20. Dezember

„Komm raus, mach mit – mach weiter" – Ton Steine Scherben auf ihrer neusten LP – könnte ein Motto vom Waldetheater sein: Leute antörnen, sich zusammen das Leben lebenswert machen. Flugblätter und trockene Analysen erreichen nicht unsere geknechteten Seelen, aber im Theater ist Leben.

Und plötzlich wollen sie uns das Maul verbieten: Maulkorbgesetze, § 130 a, § 88 a.

Na, aber jetzt erst recht!

In Berlin haben wir unsere Kommrausmachtmit-Revue schon ein paarmal aufgeführt, kamen sehr gut an damit. Betriebsarbeit, Mädchenheim, „asozial" sein, Bullenterror, Arbeitslosigkeit, Macht kaputtwaseuchkaputtmacht, Fahrscheinautomaten, Wyhl, Untergrund und und und.

Im Januar/Februar und März kommen wir mit der Revue nach Westdeutschland (am 16. Januar gehts los in Freiburg). Also, wenn ihrs drauf habt, mal wieder ne starke Politfete zu machen, schreibt uns möglichst bald (oder anrufen), daß wir'n Termin ausmachen können. Plakate schicken wir euch dann (ca. 50 bis 100, je nachdem) ihr braucht bloß 'n entsprechend großen Saal organisieren, vielleicht 'ne Band und was zu trinken. Und natürlich für zwei bis drei Tage 'n nettes Unterkommen für uns (ca. zehn Leute), am besten für alle zusammen.

Mit den Einnahmen hatten wirs so: Ein Drittel für euch, ein Drittel für den Frankfurter Informationsdienst (weil die ganze Sache gleichzeitig so 'ne Art Solidaritätsfete für den ID sein soll) und ein Drittel fürs Walde-Theater.

Also, wie gesagt, bald schreiben (Telefonnummer nicht vergessen!) an: Walde Verlags- und Theatergesellschaft, Waldemarstr. 33, 1000 Berlin 36, Tel. 030/614 10 40.

Das Waldetheater wird voraussichtlich sein am:
17./18.1. in Münster im Hotel Kronenburg,
23.1. in Bielefeld, Arbeiterjugendzentrum,
24.1. in Hannover im UJZ in der Kornstraße,
27. bis 29.1. in Hamburg (wahrscheinlich) ESG,
Anfang Februar wird die Gruppe im Ruhrgebiet sein. Die Termine sind bisher:
5.2. Düsseldorf und
7.2. in Essen.
Die Schlußveranstaltung soll Mitte März in Frankfurt sein.

SSK – BTR.: LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND

KÖLN (ID)
8. Januar

Am 15.12.75 fand in Köln eine Landschaftsversammlung statt. Sie ist das Kontrollorgan des Landschaftsverbandes Rheinland, nennt sich Parlament des Rheinlandes, obwohl 80 % der Abgeordneten Beamte sind (nicht gewählt). Trotzdem haben wir uns an sie gewandt mit den im Flugblatt enthaltenen Forderungen. Doch weder sie, noch die Presse hat daraufhin reagiert.

„An die Landschaftsversammlung Rheinland! Wir haben mehrfach vergeblich versucht, die Landschaftsversammlung als Kontrollorgan über Mißstände zu informieren. Obwohl diese Versammlung nicht die Vorraussetzung als Parlament erfüllt, wenden wir uns trotzdem heute an Sie und fordern Sie auf:

1. die Mißstände im Reichensbergerhaus (Mädchenaufnahmeheim) abzuschaffen. Seit 6 Jahren weisen wir auf diese Mißstände hin, ohne daß das Landesjugendamt eingreift. Es handelt sich hier um Verletzung der Fürsorgepflicht, Mißhandlung von Schutzbefohlenen, Freiheitsberaubung, Untreue, Sachwucher und Nötigung (Bedrohung).

2. im Fall Heinz Engels endlich die Verantwortung für 5 Jahre ungerechte Isolations- und Zwangshaft in der Irrenanstalt Bedburg-Hau zu übernehmen und eine Wiedergutmachungssumme zu zahlen, damit Heinz Engels endlich eine Berufsausbildung beginnen kann.

3. Marianne Rollmann, ein 15jähriges gesundes und normales Mädchen aus Köln, nicht länger als geistesgestört zu behandeln, die Genehmigung für die beantragte Familienpflegestelle in Köln zu geben und sie nicht länger in der bayrischen Irrenanstalt Burg Lengenfeld zu internieren.

4. darauf hinzuwirken, daß die weithin herrschende kriminelle Gutachtertätigkeit unterbunden wird, wonach am laufenden Band normale Menschen – vor allem Fürsorgezöglinge – von Ärzten des Landschaftsverbandes für Schwachsinnig erklärt werden. Besonders diejenigen, die sich gegen die menschenunwürdige Behandlung auflehnen, oder für die kein Heimplatz gefunden wird, oder die als Zeugen wie Marianne Rollmann gegen Pflichtverletzungen von Landschaftsverbandsbehörden auftreten können, werden in Irrenhäusern zum Schweigen gebracht, wie die Regimekritiker in der Sowietunion.

5. unverzüglich zu untersuchen und veröffentlichen, wie groß die Häufigkeit solcher Mißstände im Landschaftsverband vorhanden sind.

Beweismaterial kann von uns beigebracht werden. SSK e.V."

Weiteres Beweismaterial ist in der Dokumentation über den Landschaftsverband „Die Aussonderung der Entarteten" erhältlich für DM 2,– incl. Porto und Versandkosten beim SSK e.V., Salierring 41, 5000 Köln 1.

KKW–NEIN – DEN FACHLEUTEN FÄLLT NICHTS NEUES EIN

UENTROP/SCHMEHAUSEN (ID)
15.Januar

Am Montag, 12.Januar, veranstaltete die Kreislandjugend Soest eine Podiumsdiskussion zum Thema Kernenergie in einem kleinen Dorf in der Nähe des geplanten Druckwasserreaktors bei Hamm (Baubeginn Sommer 76). Die Pro-Seite: etwa 10 Fachleute der VEW; Contra: Prof. Jens Scheer (Uni Bremen). Die ca. 250 Anwesenden, vorwiegend Landwirte aus dem Umkreis, zeigten großes Interesse während der immerhin 3 1/2 Stunden dauernden Veranstaltung.

Die Betreiber ernteten nicht ein einziges Mal Beifall, was auf das Mißtrauen der Zuhörer und die verharmlosenden, lückenhaften Argumente der VEW zurückzuführen ist. Scheer konnte durch seine umfassenden Kenntnisse alle auftretenden Einwände gegen das KKW begründen.

Es wurde von einigen Anwesenden, u.a. einem Pfarrer aus dem Nachbardorf vorgeschlagen, in Zukunft weitere Veranstaltungen durchzuführen. Die VEW verabschiedete sich mit der Bemerkung, sie hätten sich ja vorher schon denken können, daß sie die Zuhörer nicht überzeugen können.

Laut einer Meldung in den „Westfälischen Nachrichten" sind im Landesentwicklungsplan IV für Nordrheinwestfalen, der 1976 verabschiedet wird, im Münsterland bis zu 40 Standorte für Kraftwerke und 20 Großindustrielle Anlagen über 150 ha vorgesehen. Ziel dieses Planes soll eine erstmalig verwirklichte geordnete Planung eines Industriegebietes sein.

Dr.Kirchfelden (VEW Dortmund) meinte, solche Pläne seien ihm unbekannt. Nach seinen Angaben sind in diesem Gebiet bisher lediglich 3 Standorte für KKW's vorgesehen:

Uentrop (Hamm): 1 THTR (im Bau), 1 DWR 1300 Mw
Datteln/Waldtrop: (nach unserer Kenntnis 6 Kohle-Kraftwerke, 2 KKW) ist noch im Gespräch
Nähe Münster: Standort wird noch nicht bekanntgegeben (4 KKW)

Kontakt: AK-Umwelt, Zum Sandestr.19, 44 Münster

ROTE-PUNKT VORBEREITUNG

KASSEL (ID)
12. Januar

Die Preise für Busse und Bahnen in Kassel sind am 1.1.76 erheblich erhöht worden. Die Netzkarte für Schüler und Studenten kostet jetzt zum Beispiel22 Mark statt vorher 16,80 Mark. Dies ist nicht die einzige Erhöhung.

Vom Magistrat wird dies alles mit gestiegenen Kosten begründet: man könne, seiner Meinung nach, die Preise nur zu einem bestimmten Teil bezuschussen. Wir stellen jedoch fest, daß es eine derartige Finanzierungsgrenze bei Polizei, Verfassungsschutz und Bundeswehr nicht gibt.

Die Steuermittel, mit denen auch ein Teil der KVG (Kasseler Verkehrsgesellschaft) finanziert wird, werden zum größten Teil von Arbeitern und Angestellten getragen, die zu angekündigten Steuererhöhungen jetzt auch noch die gestiegenen Fahrpreise bezahlen müssen, obwohl diejenigen, die am meisten vom öffentlichen Nahverkehr profitieren, weil er ihnen kostenlos Arbeitskräfte bzw. Kunden bringt, den kleinsten Teil zahlen. Wir meinen, daß die Unternehmer sich um die Finanzierung des Nahverkehrs kümmern sollten und fordern daher folgerichtig den NULLTARIF. Dies gilt auch für Schüler und Studenten, denn genauso wie zu einer vernünftigen Ausbildung die Lernmittel- und Schulgeldfreiheit gehören, muß auch die kostenlose Anfahrt gesichert werden.

In Anbetracht der momentanen Schwäche der Linken in Kassel halten wir daher „Massenaktionen" für unrealistisch. Der Asta schlägt deshalb die Durchführung einer Roten-Punkt–Aktion vor. Jeder Rote Punkt an einem Auto bedeutet: ich nehme jeden mit. Uns ist es klar, daß es uns diesmal noch nicht gelingen wird, die Mehrheit der Kasseler Bevölkerung einzubeziehen. Unsere Aktion stellt jeodch ein Angebot dar und wenn wir es im Schul- und Hochschulbereich praktizieren, kann dies sich ohne weiteres ausdehnen. „Rote Punkte" kann man sich beim Asta, Kassel, Wilhelmshöher Allee 73 abholen.

Asta der Gesamthochschule Kassel

PROTEST GEGEN „REICHSGRÜNDUNGSFEIER"

FRANKFURT (ID)
12. Januar

Zehn neonazistische Organisationen, darunter die NPD, „Witiko-Bund", „Aktion Oder-Neiße", „Kampfbund Deutscher Soldaten" und „Stahlhelm", haben für den 17. Januar zu einer sogenannten „Reichsgründungsfeier" ins Volksbildungsheim Frankfurt aufgerufen. Mit ihren Parolen „Wir glauben an das Reich" und „Kämpfen Sie mit uns für das Reich" machten sie deutlich, daß dies eine Veranstaltung der KRIEGSHETZE und der Propagierung von neuem VÖLKERMORD sein wird.

Die Geschichte des deutschen Reichs, vom Bismarck-Staat und Kaiserreich bis zum Hitler-Faschismus, ist untrennbar verbunden mit der Anzettelung von zwei Weltkriegen, die millionenfach

Mord, blutigen Terror, Trümmer, Elend und Hunger über ganz Europa brachten. Diejenigen, die die Wiederherstellung des „Deutschen Reichs" fordern, fordern nichts anderes als die Wiederholung dieser Verbrechen.

Wir verlangen daher vom Magistrat das VERBOT dieser Veranstaltung, die eindeutig in der Tradition des Hitler-Faschismus steht und eine Herausforderung an alle ehrlichen Demokraten ist. Diese ehrlichen Demokraten fordern wir gleichzeitig auf, ihren entschiedenen Protest und die Forderung nach Verbot dieser Veranstaltung beim Magistrat und beim Oberbürgermeister Rudi Arndt zu erheben. Zur Aufklärung über diese Veranstaltung wurden in der Stadt Plakate verteilt.
Bürgeraktion gegen den Neonazismus,
Solidaritätsverband — Sozialistische Volksfront (SVF),
Kommunistischer Bund (KB) / Gruppe Frankfurt

VERTEIDIGT DAS FRIEDENSKOMITEE — MÜNSTERKIRCHE BESETZT

ESSEN (ID)
11.Januar

„50 Chilenen, Spanier und Deutsche besetzten am Samstag abend bis Sonntagmittag (10. — 11.1.76) das Essener Münster. Polizei wurde zum Räumen gerufen. Die gerufenen Mannschaftswagen wurden wieder abgezogen. Dabei blieben ständig drei Uniformierte, die sich während der ganzen Nacht in der Kirche aufhielten. Auch der Einsatz der drei kircheneigenen Hundeführer wurde erwogen, aber dann unterlassen, um den Demonstranten nicht zuviel Publizität zu verschaffen.

In der Kirche gab es während der Nacht hauptsächlich Diskussionen mit katholischen Geistlichen und Kirchgängern, vor allem auch mit evangelischen Geistlichen, die unter den Besetzern waren. Während der Messen am nächsten Tag wurden Informationstische aufgestellt und Unterschriften gesammelt. Während der Messe wurde immer zuerst gesagt, daß die Kirche mit unserer Anwesenheit nichts zu tun hätte, ansonsten ließ man uns am Rande gewähren. Die Reaktion der Kirchenbesucher war überwiegend ablehnend bis empört."

In einem Flugblatt wird der Hintergrund der Aktion erklärt: „ (...) Angesichts dieses Wütens der Junta und dieses Elends schlossen sich mehrere Kirchen in Chile zusammen und gründeten das FRIEDENSKOMITEE, dessen vornehmlichste Aufgabe darin besteht, gegen das massenhafte Verhungern anzukämpfen. Gemeinschaftsküchen, Volksspeisesäle und Kinderversorgungsstellen wurden eingerichtet, um möglichst vielen wenigstens das Existenzminimum an Lebensmitteln zu verschaffen. Außerdem unterstützt das Friedenskomitee die Angehörigen von Ermordeten, Verschollenen und Inhaftierten, hilft in Straf- und Arbeitsangelegenheiten und sorgt sich um die medizinische Betreuung der Armen.
Diese Arbeit hat zwangsläufig eine organisierende Wirkung: die Bevölkerung, die an den Essensausgaben zusammenströmt, erkennt die Gemeinsamkeit ihrer Probleme und sinnt gemeinsam auf Abhilfe. So schöpft sie neuen Mut!

Die Junta erkannte die Gefahr sofort: „Jeder Kern Volksorganisierung ist ein potentieller Feind. Daher muß jeder Ansatz vernichtet werden." (Pinochet) Anfänglich behinderte die Junte nur, drohte und schüchterte ein. Seit Mitte September des Jahres 1975 hat sich die Situation erheblich verschärft. Ähnlich wie in den ersten Tagen nach dem Putsch zeigt die Repression all ihre Macht. Eine Welle von Verhaftungen und Ausweisungen hat eingesetzt. Viele Mitglieder des Friedenskomitees sind — nach tagelangen Folterungen in Polizeikellern - in KZ' s eingeliefert, viele sind spurlos verschwunden, andere ermordet worden.
Die Junta hat beschlossen, das Friedenskomitee bis Anfang 1976 völlig aufzulösen.

Wenn das Friedenskomitee seine Arbeit einstellen muß, wird die Bevölkerung der Raserei von Militär, Polizei, Unternehmern und Justiz schutzlos ausgeliefert sein. Die Zahl der Verelendeten, Kranken, Verhungerten wird sprunghaft steigen, wenn die Junta siegt.

Mit allen Mitteln müssen wir versuchen, das Friedenskomitee zu retten und - soweit zerschlagen - wieder zu organisieren. Deshalb hat sich das Chile-Komitee Essen entschlossen, die Münster-Kirche in Essen zu besetzen. Denn es sieht keine andere Möglichkeit mehr, auf die unmenschlichen Verhältnisse in Chile aufmerksam zu machen. Wir wollen nicht mehr schweigen und fordern alle Christen und Demokraten auf, sich mit den verfolgten Kirchen und allen unterdrückten Menschen in Chile zu solidarisieren. Im Gegensatz zu einigen Vertretern der evangelischen Kirche hat die katholische Kirche in Essen bisher geschwiegen. Wir fordern daher die katholischen Christen, die katholische Kirche und insbesondere ihren führenden Repräsentanten, Ruhrbischof Hengsbach auf, ihre Autorität einzusetzen für die Erhaltung des Friedenskomitees und dies durch ihre Unterschrift in der Münsterkirche öffentlich zu dokumentieren. Ebenso fordern wir den Repräsentanten der Stadt Essen, Oberbürgermeister Katzor auf, seine Solidarität mit den verfolgten Menschen in Chile öffentlich durch seine Unterschrift zu dokumentieren. (...)"

CHILE-Komitee Essen, Kibbelstr. 12, 43 Essen

US-MILITÄRPOLIZEI IM RAUSCH UND IM KNAST

ZWEIBRÜCKEN (ID)
5. Januar

Vom 6.12.75 an gab es eine Verhaftungswelle von insgesamt bisher mindestens 42 Soldaten, von denen über die Hälfte Angehörige der Sicherheitspolizei sind (26. Security Police Squadron). Alle Weihnachts- und Neujahrsurlaube mußten gestrichen werden, da zu viele Soldaten verhaftet waren. Die Verhafteten wurden zum größten Teil wieder freigelassen, da kein Gefängnis sie fassen konnte.

Grund für die Verhaftungen: Rauschgiftbenutzung/Rauschgifthandel. Das Office of Special Investigation, der MAD der US-Airforce, mußte die Untersuchung und Verhaftung vornehmen, da die Polizei ja selbst betroffen ist — peinlich, peinlich!

ANTIMILITARISTISCHE ARBEIT IN UND AUßERHALB DER BUNDESWEHR

FRANKFURT (ID)
15.Januar

Die Deutsche Friedensgesellschaft—Vereinigte Kriegsdienstgegner veranstalten zu diesem Thema am 23.Januar im Frankfurter Volksbildungsheim eine Diskussion/Informationsveranstaltung. Dabei soll ein Überblick über die im Augenblick existierende Soldatenbewegung gegeben werden und eine Diskussion der unterschiedlichen Ansätze erfolgen.
Angekündigte Teilnehmer: DGB-Kreisjugendausschuß/ Jusos/ Judos/Arbeitskreis Dem.Soldaten/Soldaten; u. Reservisten-Kommission/Sozialitisches Büro/DFG—VK—Ffm.

Kontakt: DFG—VK, Hochstraße 56, 6 Frankfurt

STADTVERWALTUNG SCHLIESST JUGEND—ZENTRUM

WITTINGEN (ID)
12.Januar

Seit Juli 1974 gibt es in der Stadt Wittingen in der Lüneburger Heide ein Jugendzentrum. Es funktionierte bis jetzt im Wesentlichen sehr gut, muß man doch bedenken, daß Wittingen nur etwa 5 000 Einwohner hat, und alle „älteren" Jugendlichen nach auswärts zur Schule oder auch in die Lehre gehen.

Mitte Dezember wurde bekannt, daß das Jugendzentrum geschlossen werden sollte, wegen — so die Stadtverwaltung: „Rauchen von Jugendlichen unter 16 Jahren, mangeln-

der Sauberkeit, Erregung öffentlichen Ärgernisses" (weil jüngere Jugendliche Zärtlichkeiten). Und damit auch allen klar ist, was man von dem selbstverwalteten Jugendzentrum zu halten habe, bezeichnete es ein Herr Göres von der Stadtverwaltung unverblümt als „Puff".

Die Jugendlichen verfassten sofort einen offenen Brief an die Stadt, in dem sie sich gegen derlei Diffamierungen und Verleumdungen verwahrten und klarlegten, was im Jugendzentrum, in dem sich täglich etwa 70 Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren treffen, abläuft: Musikveranstaltungen, Diskussionen, Seminare, Filmabende etc... „Diese von uns durchgeführten Aktivitäten machen hoffentlich klar, wie notwendig der Bestand des Jugendzentrums für uns Jugendliche ist, und wie lächerlich die dagegen eingebrachten Vorwürfe sind, zumal die Stadt keine anderen von Jugendlichen selbstbestimmten Freizeitmöglichkeiten bietet. Es wäre verantwortungslos, die Initiativen und Aktivitäten, die im Jugendzentrum entstehen, durch eine, wenn auch vorübergehende Schließung zu ersticken", heißt es am Ende des Briefes.

Aber die Stadtverwaltung ließ sich durch den Brief nicht beirren. Am Tag der Schließung wurde im Jugendzentrum der Film „Der General" mit Buster Keaton gezeigt.Das Publikum bestand zum Großteil aus Kindern. Es waren nur wenige Jugendliche da. Als wäre es so geplant gewesen, kamen genau am Ende des Films Polizei und Vertreter der Stadtverwaltung, um das Haus dicht zu machen.

Die Empörung der JZ-Besucher setzte sich spontan in einem etwa 50 Leute starken Demonstrationszug zum Rathaus um; dort verteilte man sich im Sitzungssaal und verlangte, mit den zuständigen Leuten der Stadt zu sprechen. Dadurch wurde wenigstens erreicht, daß der Schließungsbeschluß überprüft wurde. Die Jugendlichen von Wittingen werden aber weiterhin für den Erhalt ihres Jugendzentrums kämpfen!

ÜBERFALL AUF BDJ-ZENTRUM „LUTTE"

HAMBURG (ID) 4. Januar

Am Abend des 15. Dezember 75 wurde das Bezirkszentrum des Bundes Demokratischer Jugend (BDJ) in Hamburg-Eimsbüttel, die „Lutte", zur Zielscheibe einer brutalen Provokation der Polizei.

Der Vorfall begann damit, daß sich bei Anbruch der Dämmerung zwei Typen vor den Fenstern des Bezirkszentrums zu schaffen machten und dabei Sprüche machten wie:„Das müßte mal ausgeräuchert werden".

Ihr besonderes Interesse richtete sich auf eine Wandzeitung, auf der beschrieben ist, wie Mitte November zwei Jugendliche von Kriminalbeamten festgenommen, eingesperrt, mit Handschellen angekettet (!) anschließend aufs Polizeipräsidium verfrachtet, dort „erkennungsdienstlich behandelt" und schließlich mitten in der Nacht mehrere Kilometer von ihrer Wohnung entfernt auf die Strasse gesetzt worden waren. Das ‚Verbrechen' der beiden hatte darin bestanden, daß sie Werbezettel des „Filmclub im BDJ" an einer Straßenecke ankleben wollten, und zwar für den Film „Stärker als die Nacht", der den antifaschistischen Widerstand gegen die Nazi-Diktatur in Hamburg schildert!

Als die beiden Typen anfingen, mit großem Blitzlicht das Zentrum zu fotografieren, wurden sie von einem Mitglied der Mädchengruppe aufgefordert, dies zu unterlassen. Im Verlaufe eines Wortwechsels hierüber trat einer der beiden mit dem Stiefel nach dem Mädchen und beide nahmen eine bedrohliche Haltung ein. Ein herbeieilender Kindergruppenanleiter wurde sofort von den Schlägern angegriffen und überwältigt. Die Mitglieder der Mädchengruppe versuchten schützend einzugreifen, wobei einige von den beiden Angreifern heftig geschlagen, an der Kleidung gerissen und getreten wurden; die Kindergruppe lief schreiend auseinander und wurde von den Anleitern nach Hause geschickt.

Ein Anwohner des Bezirkszentrums alarmierte telefonisch die Polizei, um Schutz gegen den faschistischen Überfall zu bekommen. Die Angreifer, die inzwischen zwei Mädchen und einen Jungen so verletzt hatten, daß diese sich später in ärztliche Behandlung begeben mußten, riefen: „Jetzt haben wir endlich eine Handhabe gegen euch, jetzt kommt gleich die Verstärkung!"

Blitzschnell tauchten zwei vollbesetzte Streifenwagen auf. Die herausstürmenden Polizisten nahmen zur Überraschung der angegriffenen BDJ-Mitglieder nicht etwa die beiden Rowdies fest, sondern griffen sich auf Anweisung (!) der Schläger ein fünfzehnjähriges Mädchen und einen zwanzigjährigen Studenten aus der „Lutte".

Schlagartig wurde klar, daß die beiden Schläger nicht etwa, wie angenommen, faschistische Einzelgänger, sondern Zivilbullen waren, und daß die ganze Aktion eine gezielte Provokation der Polizei war! Ein weiterer protestierender Jugendlicher wurde bis in seine Wohnung hineien verfolgt und dort zusammen mit einem Mädchen, das sich ebenfalls dorthin geflüchtet hatte, festgenommen. Die Wohnung wurde von einem Trupp Polizisten mit Hund durchsucht, wobei einem protestierenden Mitbewohner angedroht wurde: „Halt den Mund, sonst nehmen wir dich auch gleich noch mit."

Ein weiteres Mädchen, das im Polizeigriff gequält wurde, ließen die Polizisten wieder los, da es unter dem Schock laut schrie. Die beiden festgenommenen Mädchen wurden nach Feststellung ihrer Personalien auf der Wache wieder freigelassen; die beiden festgenommenen jungen Männer erst, nachdem sie sich zuvor die polizeiüblichen Schikanen gefallen lassen mußten. Die Polizei-Provokateure werden versuchen, sich als „Opfer" der antifaschistischen Jugendlichen und Kinder darzustellen (mal wieder „Notwehr"?) und eine Strafverfolgung wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" gegen sie zu inszenieren.

Übrigens war auch nach einiger Zeit die von dem Anwohner telefonisch gerufene Streife (s.o.) eingetroffen, die von einer anderen Wache war, als das „Überfall-Kommando", unternahm aber natürlich nichts gegen ihre wildwütigen „Kollegen".

BIM – DAS INNENMINISTERIUM WIRBT FÜR SEINE TERRORERFOLGE

FRANKFURT (ID) 15. Januar

BIM - es soll ein spaßiges Kürzel für Bundes-Innen-Ministerium sein — heißt ein neues Gratis-Blatt, mit dem die Staaskämpfer ihre „Erfolge" volksnah präsentieren wollen. Mit einer Auflage von einer Million wird es über Bundesbahnabteils als Reiselektüre und als Beilage in Lesezirkelmappen verbreitet. Unscharfe Augen könnten anhand von Aufmachung, Druck und Titelemblem meinen, die Bild-Zeitung vor sich zu haben. Eine Überschrift reißerischer als die andre: „Im Sex und Haschrausch erdolcht", „Hitzewelle machte sie zu Räubern", „Scharfe Schüsse aus dem Aktenkoffer" oder „Der Mörder wurde per Knopfdruck entlarvt" Dazu ein Titelfoto einer Bikini-Schönen, die angeblich in Amerika zur Bullen-Beauty-Queen gekürt wurde. Links neben der Hübschen, sehr listig, ein Foto von BKA-Chef Herold – Übertragung oder Kontrast beabsichtigt?

Was in den Textbeiträgen folgt, kann einen das Gruseln lehren. Jerry Cotton, Räuber und Gendarm in allen Gassen auf Anarchisten- und Ganoven-Jagd. Über die Hälfte der Reißerartikel befassen sich mit Bomben, blutigem Terror, politischen Kriminellen, bzw. mit dem, was das Innenministerium dafür hält. Tenor (Originalzitat): „Linke Fanatiker neigen eher zur Gewalt". Und um das Bürgerherz richtig scharf zu machen, wird flugs die Verbindung zum ersten Weltkrieg besorgt: „Ein Mord löste den Krieg sus". Darunter eine knallige Aufzählung von „anarchistischen" Attentaten, in der Zar Alexander II., Erzherzog Ferdinand und John F. Kennedy in ein und denselben (Pulver)-Topf geworfen werden. Nach dieser historischen Einstimmung geht der Übergang zu den heutigen Aufgaben der Inneren Sicherheit bruchlos vonstatten. „Gefährlich sind politisch motivierte Kriminelle, Terroristen, die – so Bundesinnenminister Maihofer – ihre Strategie und Taktik am Konzept der südamerikanischen Stadtguerrilla ausrichten", sie seien „fanatisch entschlossen, unsere Staats- und Gesellschaftsordnung gewaltsam umzustürzen". Und, damit die Richtung stimmt: „der linke Extremismus hat zur Zeit in bestimmten Gruppierungen eines wesentlich höhere Neigung zur Gewalttätigkeit als der von rechts und ist daher gefährlicher". Die linken Fanatiker, die laut BIM mit „Bomben für eine bessere Zukunft" kämpfen wollen, wurden auch gezählt. Eine Million insgesamt, davon 1.467 im öffentlichen Dienst .... .

Nachdem der strategische Angelpunkt ausgesprochen ist, muß die rechtsstaatliche Konsequenz natürlich jedem einleuchten: „6 Milliarden für die Sicherheit ... Bundesverfassungsschutz: 1969 rund 30 Millionen Mark, 1976 schon 78 Millionen ... Und auch das kostet Geld: eine Schule für Verfassungsschutz, eine Schule für den Grenzschutz, schnelle Hubschrauberstaffeln, motorisierte Fahndungsgruppen, moderne technische Geräte, die Spezialeinheiten GSG 9 und die „Abteilung T"; die Schutzmaßnahmen für Politiker, Flughäfen, Ministerien, Botschaften; großangelegte Fahndungsaktionen."

Die militärische Aufrüstung gegen alles, was nicht selbt aktiv die Verfassung(sschützer) schützt, gibt die BIM einen Krimi ab, bei dem sich jeder mitfreuen kann, wenn wieder — Hurra! — ein Anarchistengauner „erwischt" wurde oder „ins Netz gegangen" ist. Die „goodies" werden groß gefeiert: „Bundesgrenzschutz — Mädchen für alles". Bei Bonns Anti-Terror-Truppe kommt richtigt Stimmung auf: „Trainierte Männer mit starken Nerven und Disziplin ... Sie schießen gut und schlagen hart .. fahren Auto wie der Teufel"

Gerda Uhlmann-Starck vom Öffentlichkeitsreferat des Innenministeriums, die für das Blatt verantwortlich zeichnet, erklärte auf Anfrage: „Der normale Leser nimmt keinen Verfassungsschutzbericht oder sowas trocknes zur Hand, wenn er nach der Arbeit nach Hause kommt. Deswegen haben wir die etwas legere Aufmachung gewählt. Die aufreißerischen Titel im Boulevardstil sollen den Leser dazu bringen, sich auch einmal mit den Problemen der Inneren Sicherheit zu befassen — außerdem ist es eine Art Erfolgsbilanz der Arbeit des Innenministeriums."

Daß die innerstaatliche Ausrüstung auf Desinteresse bis Ablehnung bei der Bevölkerung stößt, ist sicher gut erkannt — daher die Propaganda — Flucht nach vorn, um die Gewaltkur-Politik verkaufen und legitimieren zu können. Ein weiterer Schritt in dieser Richtung ist eine mobile Wanderausstellung zum Thema „Innere Sicherheit", die ab März in 60 Städten gastiert und mit BIM als Informationsblatt Stimmung für den Bundesinnenterrorkampf machen soll — worauf man echt gespannt sein kann.

ASTA WENDET SICH GEGEN DEN „VIDEO-CLUB" DER POLIZEI

KASSEL (ID) 14.Januar

Auch nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes, nach dem Filmen von Demonstranten erlaubt ist, können wir die Naivität des Kasseler Polizeipräsidenten nicht teilen. Gerade in einer Zeit, wo durch Berufsverbote und neue Sondergesetze zur sogenannten Inneren Sicherheit fundamentale Freiheitsrechte aller Bürger abgebaut werden, verschärft die Filmerei von Demonstrationen eindeutig das Klima der Einschüchterung, Bespitzelung und Kriminalisierung.

Nach der in Kassel stattfindenden Praxis wird also jeder Demonstrant als potentieller Straftäter angesehen. Darüberhinaus halten wir es auch für eine Schutzbehauptung, nach der die Filme vernichtet würden und nicht an den Verfassungsschutz weitergingen. Schließlich gibt es schon Berufsverbotsfälle, bei denen die Teilnahme an einer Demonstration als Nachweis für Radikalität diente. Der ASTA der Gesamthochschule Kassel protestiert aufs schärfste gegen all diese Maßnahmen, die nicht nur gegen Studenten angewandt werden.

EINBLICK IN DIE INTERNATIONALE BESCHNÜFFELUNG

FRANKFURT/ WASHINGTON (ID) 14. Januar

Eines der Ergebnisse der Watergate-Affäre war ein besonderes Gesetz: Freedom of Information Act.

Nach diesem Gesetz kann jeder Bürger der USA von jeder staatlichen Organisation Einblick in die über ihn geführten Akten verlangen und Kopien daraus anfertigen lassen.

Angesichts der derzeit stattfindenden Untersuchungen werden auch tatsächlich Akten kopiert und zugeschickt, wenn danach gefragt wird.

Ein ehemaliger in der BRD stationierter Soldat der US-Armee hat vom Verteidigungsminister der USA die Unterlagen über sich angefordert.

Unter vielen, vielen Bogen Papier war unter anderem verzeichnet, das „Subjekt" — so heißt man in Geheimdossiers — habe Anti-Kriegs-Poster in der Stube gehabt, außerdem sei eine Ausgabe der Soldatenzeitung „Fight Back" im Papierkorb (!) gefunden worden. Dann steht dort: „Das Subjekt ist dafür bekannt, Kontakt zu Dissidenten zu haben", oder penibel lapidar: „verteilte Flugblätter von 19.30 bis 21.00 Uhr". In einem Kommentar zu dem Subjekt wird empfohlen, ihn nicht zu Überseeinsätzen zu verfügen, denn man könne annehmen, daß das Subjekt „ein Element der Unsicherheit für die Kommandantur" sein könnte. Über die Briefe und Paketsendungen wußten die Geheimdienste ebenso bescheid.

Besonders beeindruckend ist ein „Agenten-Report" in dem locker gesagt wird, man habe über den politischen Polizisten Joachim Steindorf aus Mannheim und über Annemarie Stoesser vom Landesamt für Verfassungsschutz nach Erkenntnissen der deutschen Staatsschützer gefragt.

CDU-BÜRGERMEISTER SCHLÄGT KINDER

LENNESTADT („DIE ROSAROTE"/ID) Ende Dezember 75

Josef Beckmann, Grundschullehrer in Maumke und CDU-Bürgermeister in Lennestadt, hat es sich zur Schulpraxis gemacht, aus diesem oder jenem Anlaß die ihm anvertrauten Schülerinnen und Schüler körperlich zu züchtigen. An die Öffentlichkeit kam dies durch einen Artikel in der Lokalausgabe der Westfälischen Rundschau.

Am 15. Oktober hatte Josef Beckmann die neunjährige Claudia Löde nach deren Aussagen am Genick gefaßt und mit dem Kopf auf die Tischkante geschlagen, so daß sisich nach Schulschluß in ärztliche Behandlung begeben mußte. Die Schuld an seinem Verhalten gab Josef Beckmann den Eltern, die nach seiner Meinung zum Teil nicht dafür gesorgt hatten, daß die Kinder ihre Hausaufgaben machten.

Vielleicht sollte sich Herr Beckmann einmal fragen, warum die Hausaufgaben nicht gemacht worden sind: Vielleicht waren sie zu schwierig oder zu umfangreich. Und noch längst nicht alle berufstätigen Eltern können sich nach der Arbeit noch um die Hausaufgaben ihrer Kinder kümmern.

KEIN EINZELFALL

Der Fall Claudia Löde ist jedoch kein Einzelfall. Nach eigenen Aussagen des Lehrers kommt es häufiger vor, daß Josef Beckmann Kinder schlägt. Es gibt jedoch nicht nur Ohrfeigen, sondern er schlägt auch mit einem Strick — allerdings vorzugsweise Jungen.

Laut Kultusministererlaß aus dem Jahre 1971 ist körperliche Züchtigung an den Schulen Nordrhein-Westfalens verboten. Dieser Erlaß kann jedoch nur dann voll zur Geltung kommen, wenn die Eltern ihn kennen und wenn sie sich aktiv dafür einsetzen, daß er auch befolgt wird.

ELTERNBRIEF

In einem Schreiben an den Oberkreisdirektor und an den Regierungspräsidenten forderten die Eltern, daß von zuständiger Stelle sofort Maßnahmen gegen Josef Beckmann eingeleitet würden, da sonst die Gefahr bestünde, daß er weiter die Kinder mißhandele.

Die Jungsozialisten im Kreis Olpe verlangten den Rücktritt Beckmanns als Bürgermeister in Lennestadt und unterstützten in einem offenen Brief die Forderungen der Eltern. Sie bekundeten ihren Respekt vor den Eltern, die sich dazu entschlossen hatten, an die Öffentlickeit zu gehen. Diese Öffentlichkeit konnte jedoch nur zum Teil hergestellt werden, denn die vielgelesene Westfalenpost berichtete mit keinem Wort über die Angelegenheit. Vermutlich darf

die Berichterstattung der Westfalenpost nicht über einen bestimmten Punkt hinausgehen, und wo diese Grenze liegt, wird ja hier im Fall des CDU-Bürgermeisters Beckmann sehr deutlich. Da verwundert es denn schließlich auch nicht, daß der Offene Brief der Jungsozialisten im Kreis Olpe ebenfalls nicht abgedruckt wurde.

KOREANER VON TODESURTEIL BEDROHT

FRANKFURT (ID) 14. Januar — Unter der Anklage, für die Demokratische Volksrepublik Korea spioniert zu haben, wurde Chin Du-Hyon am 29.9.74 während einer Reise nach Südkorea verhaftet. Chin hatte als 2. Vorsitzender der Mindan-Organisation in Japan an einer Delegation zum Feiertag der ROK - Armee teilgenommen.

Im ersten Gerichtsverfahren wurde er am 1.4.75 zum Tode verurteilt. Der oberste Gerichthof in Seoul bestätigte das Urteil am 18.9.75.

Chin soll in der Zeit vom 17.2. bis 11.3.65 sowie vom 6.11. bi[illegible].11.72 nach Nordkorea gereist sein, um „Instruktionen zum Sturz der Regierung Park" zu erhalten. Das Alibi Chins für diese Zeiträume ist jedoch im Gegensatz zu den Anschuldigungen einwandfrei. Während des ersten Zeitraums nahm er an einer Konferenz des Mindan teil, die sich für die Rechte der in Japan lebenden koreanischen Minderheit einsetzt. Darüber wurde in der Presse berichtet. Auch für den zweiten Zeitraum bezeugen seine Mitarbeiter in Tokio sowie weitere Beweise die Falschheit der Anklage. Während dieser Zeit hatte Chin ebenfalls an einer Konferenz über die Rechte der Koreaner teilgenommen. Gerade diese Tatsachen legen den Schluß nahe, daß es sich hier um den wahren Grund für seine Verhaftung und Aburteilung handelt.

Ein drittes Verfahren vor dem obersten Gericht in Seoul wird voraussichtlich in der Zeit zwischen Dezember und Januar stattfinden.

Das japanische Komitee zur Rettung von Chin Du-Hyon, das von den Lehrern der Söhne Chins ins Leben gerufen wurde, hat inzwischen starke Unterstützung bekommen und mehrere tausend Unterschriften gesammelt. Die Unterschriften sind der Presse und der südkoreanischen Botschaft in Tokio vorgelegt worden.

Die Angehörigen und das Komitee „Rettet das Leben von Ch[illegible]u-Hyon" appellieren an die internationale demokratische Öf[illegible]lichkeit, alles zu tun, um die Aufhebung des Todesurteils und die sofortige Freilassung Chins zu erreichen.

(Korea Nachrichten,Frankfurt)

PORTUGAL-INFORMATIONSREISE — DOLMETSCHER GESUCHT

BOCHUM (ID) 14. Januar — Die Antimilitaristische Gruppe Bochum beginnt am 20. Januar eine Rundreise mit portugiesischen Soldaten, in der neben der Politik der SUV auch die Entwicklungen nach dem 25. November diskutiert werden. Unser größtes Problem im Augenblick ist: wir haben keinen Übersetzer, der die ganze Zeit mitfahren kann. Wir sind ganz optimistisch, daß es so einen Menschen gibt, der sechs Wochen lang eine schöne Deutschlandrundreise machen will. Wir bitten alle Genossen, mal gründlich zu überlegen, wo es jemanden gibt. Eine andere Lösung wäre, daß Leute jeweils regional Übersetzungen machen, also nur abends gebraucht werden, dann vielleicht eine Woche in ihrer Region übersetzen können.

AMG c/ ESG, Postfach 520 299, 4630 Bochum, telefonkontakt: 0234/77 18 07

BRD-JOURNALISTEN GEGEN PORTUGAL-HETZE

Köln (ID) 12. Dezember — Am 12. Dezember veranstalteten im Kölner DGB-Haus die in der IG Druck und Papier organisierte Deutsche Journalisten Union (DJU), die zur Gewerkschaft Kunst gehörende Rundfunk-, Film- und Fernseh-Union und der Verband der Schriftsteller (VS) eine Podiumsdiskussion über die Portugal-Berichterstattung in der BRD. Diskussionsteilnehmer waren: Eckhart Spoo (DJU-Vorsitzender und Herausgeber des Hanser-Buches „Die Tabus der bundesdeutschen Presse"), Samuel Schirmbeck (Korrespondent des Hessischen Rundfunks), Hans Hübner (WDR-Fernsehen), der Schriftsteller Günter Walraff und der Filmemacher Federico Füllgraf.

Zunächst konnten die ca. 150 Anwesenden anhand des kürzlich von zwei WDR-Mitarbeitern gedrehten Films „Boavista: ein Dorf erwacht" einen unmittelbaren Eindruck von Vergangenheit und Gegenwart auf den großen, jetzt in der Hand der Landarbeiter befindlichen Gütern des Alentejo bekommen. Dann ergriffen die genannten fünf Kollegen, die sich alle selbst an Ort und Stelle über die portugiesische Wirklichkeit informiert hatten, das Wort. Hier das wesentliche aus ihren Beiträgen:

Die Art und Weise, wie in der BRD über Portugal berichtet wird, ist schlimmer als in jedem anderen NATO-Land. Das zeigt sich beispielsweise bei einem Vergleich zwischen der französischen Zeitung „Le Monde" und westdeutschen Zeitungen — auch solchen mit „liberalem" Anspruch wie etwa die „Süddeutsche" oder die "Frankfurter Rundschau". So schickte z.B. „Le Monde" nach den Ereignissen vom 25. November eigens einen Reporter zu den Fallschirmjägern von Tancos, um aus erster Hand die Motive und Zusammenhänge ihrer mißglückten Aktion zu erfahren, während die westdeutschen Medien, entsprechend der allgemeinen antikommunistischen Generallinie ihrer Portugal-Berichterstattung, einfach nur von „kommunistisch gelenkten Abenteurern" oder dergleichen sprachen. Und überhaupt war „Le Monde" bemüht, aufgrund von Gesprächen mit der Bevölkerung und detaillierten Recherchen ein bis in die letzten Einzelheiten genaues Bild von den Vorgängen um den 25. 11. zu zeichnen und die Gründe für den unerwartet raschen Sieg der bürgerlichen Kräfte über die progressiven Teile von Armee und Bevölkerung zu rekonstruieren. Aufgrund solcher Tatsachenanalysen und der „gemäßigten" Haltung der PCP in jenen Tagen kam das Blatt auch zu dem Schluß, Soares Behauptung, diese Partei sei für den „Putschversuch" der Linken verantwortlich, entspreche nicht der Realität; Soares versuchte nur, aus dieser Situation Profit für seine Partei zu schlagen. In den westdeutschen Massenmedien hingegen findet sich kaum etwas von solchen Bemühungen, den wahren Verlauf der Dinge zu erhellen: in ihrer Freude darüber, daß in Portugal nun die Gefahr einer „kommunistischen Diktatur" beseitigt und das Land nun endlich auf dem Weg zur „Normalisierung" und zur „Demokratie" sei, verlassen sie sich bereitwilligst auf die Erklärungen von Leuten wie Soares & Co.. So wurde auch die Gefahr eines neuen Rechtskurses, auf die „Le Monde" sehr ernsthaft hinwies, in den BRD-Medien heruntergespielt: Selbst der erzreaktionäre Oberst Jaime Neves, der seinerzeit maßgeblich an Massakern im Kolonialkrieg beteiligt war und in Portugal als „der Schlächter von Jaminga" bekannt ist, wurde von dem Lissaboner dpa-Korrespondenten als „freiheitlich-demokratischer Militärführer" bezeichnet, während „Le Monde" ihn „wenig fortschrittlich" nennt!.

Die meisten westdeutschen Berichterstatter neigen dazu, das Geschehen im heutigen Portugal durch die Brille antikommunistischer Vorurteile — seien es nun die eigenen oder diejenigen bürgerlicher portugiesischer Gewährsmänner — zu betrachten, und mit einem Bewußtsein, das durch die politischen und ökonomischen Strukturen in hochentwickelten, kapitalistischen Industrieländern geprägt ist. Sie machen sich kaum die Mühe, die historischen Bedingungen und Erfordernisse in jenem in vielerlei Hinsicht noch unterentwickelten Land genauer zu studieren und von daher zu einem besseren Verständnis der Dinge, die heute dort vorgehen, zu gelangen. So stempeln sie z.B. gern alle demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen, Prozesse und Einrichtungen pauschal und ohne kritische Nachprüfung als „kommunistisch (d.h. von der PCP) gelenkt" ab, auch wenn daran recht unterschiedliche Gruppierungen und Strömungen beteiligt sind; und auch die portugiesische Presse wurde bis zum 25. November meist mit dem Klischeebild „PCP-kontrolliert" bezeichnet, obwohl die Mehrzahl

Dieses Lied sollte bereits in der vorigen ID-Nummer in Zusammenhang mit dem 2. Abtreibungsprozeß in Freiburg erscheinen, kam aber leider zu spät bei uns an.
Text und Noten sind von Walter Moßmann geschrieben.

DIE BALLADE VON DER UNVERHOFFTEN LAST

Jetzt sing ich endlich wieder mal ein Liebeslied.
Mir zittern die Guitarre und die Knie.
Und ich beschreib den Sommer, wenn die Liebe blüht,
Mit dieser abgeschabten Melodie:
"La lala lala lala la la la la la
La lala lala lala la la laaah!"
Dann kommt der reife Herbst, und ich singe, wenns euch paßt
Die Ballade von der unverhofften Last.

Am Montag wacht Herr Kaffke auf, mein Gott, wie ist ihm schlecht.
Er kotzt sich erst mal aus und bleibt zu Haus.
Und sagt zu seiner Frau: 'Mein Schatz, ich weiß nicht recht,
Drei Wochen schon bleibt meine Regel aus...'
Die Frau ist mächtig sauer, sagt: 'Du bist ja blöd!
Warum hast du nicht besser aufgepaßt?
Jetzt bring das schnell in Ordnung, denn es ist zu spät,
Wenn du erst einmal schwer zu tragen hast.'

Herr Kaffke nimmt die Pille nicht, kriegt Ausfluß, wird krank.
Und auch Pariser nicht, weil ihn das hemmt.
Und die Spirale liegt schon längst im Werkzeugschrank -
Er hat sich seinen Schwanz mal eingeklemmt.
Drum hat er sich von diesen Dingen freigemacht
Und hemmungslos gevögelt (ab und zu).
Und seine Frau, die Ilsebill, die hat gelacht:
'Die Folgen', sagte sie, 'die trägst dann du!'

Am Dienstag steht Herr Kaffke auf und macht sich auf den Weg
Zu einer Männer-Ärztin in der Stadt.
Dann wartet er paar Tage ziemlich aufgeregt,
Ob die Frau Doktor was gefunden hat.
Am Freitag Mittag klingelt dann das Telefon
Frau Doktor sagt: 'Jetzt sind Sie M a n n !
Ich hoffe doch, Sie stricken und Sie häkeln schon -
In knapp acht Monat kommt der Nachwuchs an.'

Herr Kaffke sagt: 'Frau Doktor, nein, das geht doch nicht!
Wie sollte ich denn jetzt ein Kind ernährn?
Und meine Frau, die Ilsebill, die sagt mir ins Gesicht,
Sie kann sich nicht mit Mann und Kind beschwern.'
Frau Doktor sagt: 'Was soll das? Das ist wider die Natur.
Vor ihnen haben das Männer schon geschafft.
Und kommen Sie mir bloß nicht auf die krumme Tour:
Der Mann wird Mann erst mit der Schwangerschaft!'

Das Wochenende ist für Kaffke eine Qual.
Am Montag muß er wieder ins Büro.
Da schleppt er schwere Schreibmaschinen ein ums andre Mal
Und schluckt Maschinenöl und Sprit im Klo.
Am Montag Abend fährt er mit der U-Bahn kreuz und quer
Und kuckt auf seinen Bauch und fühlt sich nackt.
Und kuckt sich um und fürchtet, es folgt ihm wer
Zu seinem ungesetzlichen Kontakt.

Der Schah hat sein Versprechen nach dem Algierabkommen vom vergangenen März, die Kurden als Gäste in seinem Land zu akzeptieren, gebrochen. Die 250.000 in den Iran geflüchteten Kurden wurden vom iranischen Schahregime als Handelsobjekt im irakisch-iranischen Interessenspiel mißbraucht. Keine internationale Behörde oder nationale Regierung konnte oder wollte diese menschliche Katastrophe verhindern. Auch Barzanis Reise in die USA, die die amerikanische Regierung zur Intervention gegen die irakisch-iranischen Pläne bewegen sollten, war ergebnislos.

DIE LAGE DER KURDEN IM IRAK

Iraks Regierung hat jetzt die Hände frei für eine Politik der Arabisierung des kurdischen Gebiets, seitdem der kurdische Widerstand gebrochen ist. Dabei werden folgende Maßnahmen getroffen, die von offiziellen Quellen in Bagdad bestätigt wurden.

1. In denjenigen kurdischen Gebieten des Irak, die nicht zur offiziellen kurdischen Region gehören, wurden die kurdischen Bewohner von Hunderten von kurdischen Dörfern völlig evakuiert, entweder damit sie von arabischen Bauern wieder aufgefüllt würden, oder aus militärischen und stretegischen Gründen. Beispiele: im Gouvernorat Diyala: über 50 Dörfer im Distrikt von Jelaula, im Distrikt von Kanaquin und Quraitu 26 Dörfer, viele Dörfer im Distrikt von Manleli östlich von Baquba, im Gouvernorat von Kirkuk zahlreiche Dörfer in den Distrikten von Kifri, Puz, Dauda, Shwan, Dibis, Dakuk und ringsherum um Kirkuk 40 Dörfer, im Gouvernorat Ninive (Mossul): verschiedene Dörfer in den Distrikten von Sinjar, Tellafar, Zamar, Sheikhan, Aqura und direkt um Mossul (Die Mehrheit dieser Dörfer ist und namentlich bekannt).

2. Im autonomen Gebiet, das aus drei völlig kurdischen Gouvernoraten zusammengestellt worden ist, wurden viele abgelegenen Dörfer völlig evakuiert und ihre kurdische Bevölkerung in neugebaute „Modelldörfer" abtransportiert. In der Nähe von Hauptstrassen gelegen, können diese „Modelldörfer" von Militär und staatlichen Stellen leicht erreicht werden. Diese strategischen Dörfer sind vergleichbar mit den Zentraldörfern, die von den USA und den Portugiesen in Vietnam und Mozambique gebaut wurden, um den Befreiungsbewegungen die Unterstützung der Bevölkerung zu nehmen. Zahlreiche dieser Zentraldörfer findet man in den Gouvernoraten von Arbil, Duhok und Lulaimaniya, z.B. in den Distrikten von Sunel Zakcho, Makhmur, Kandinava, Halabja und Penjwin. Auch in diesen Gebieten wird in einigen Dörfern kurdische durch arabische Bevölkerung ersetzt. Die exakte Bevölkerungszahl dieses großen Bevölkerungstransfers kann von uns nicht festgestellt werden. Schätzungen müssen sich zwischen 200.000 und 500.000 Menschen bewegen.

3. Viele aus dem Iran zurückkehrende Flüchtlinge werden nicht in ihre Heimat transportiert, sondern stattdessen in den arabischen Südirak gebracht. Dasselbe gilt für viele aus dem Norden evakuierte Kurden. Allein im Gebiet von Diwanya sind mehr als 50.000 Kurden in primitiven Hütten zwangsangesiedelt worden.

4. In mehreren nichtautonomen Gebieten Kurdistans wie in Kanaquin, im Gouvernorat von Diyala, in Sinjar, im Gouvernorat von Ninive sind kurdische Schulen durch arabische ersetzt worden, die kurdische Sprache wird dort im Unterricht nicht mehr benutzt. Auch das widerspricht dem kurdisch-irakischen Autonomieabkommen vom 11.3.70.

5. Obwohl nach diesem Abkommen Kurdisch offizielle Sprache des Irak ist und überall im Lande gelehrt werden sollte, könnten kurdische Kinder im Südirak keinen kurdischen Unterricht erhalten.

6. Kurdische Organisationen und politische Bewegungen werden zugunsten der arabischen Baath-Partei und deren Organisationen unterdrückt.

7. Die gesetztgebenden und ausführenden Gremien für das autonome kurdische Gebiet besitzen keine politische Macht und werden völlig von der Zentralregierung kontrolliert, die von der Baath-Partei beherrscht wird. Die Legislative und Exekutive des kurdischen autonomen Gebietes werden von der irakischen Zentralregierung ernannt, ihre Entscheidungen müssen vom Planungsministerium genehmigt werden.

8. Die völlig kurdischen Teilgebiete der Gouvernorate von Kirkuk wurden der kurdischen autonomen Region nicht angegliedert. Der Distrikt von Aquara, obwohl als Teil des autonomen Gebietes vorgesehen, ist trotz seiner kurdischen Bevölkerung noch immer Ninive unterstellt. Da der Zensus von 1957 den kurdischen Charakter des Gebietes klarstellte, widerspricht diese Regelung dem Märzabkommen von 1970.

9. Minoritäten im kurdischen Gebiet, wie nestorianische Christen und sogar Jesidis, die sich bisher mit der kurdischen Sache identifizierten, werden gezwungen, sich als Araber registrieren zu lassen und Mitglieder der Baath-Partei zu werden.

Die Regierungspropaganda versucht, das kurdische Element im Irak zu verkleinern, indem sie nur die Bevölkerung des autonomen Gebietes, die laut offizieller Schätzungen 1,4 Millionen Einwohner ausmacht, als kurdisch zählt, obwohl die Einwohnerzahl des gesamten irakischen Kurdistan (das Gebiet mit kurdischer Mehrheit) im Moment auf 3 Millionen Einwohner geschätzt wird. Zum Vergleich: der arabische Teil des Irak zählt 7,5 Millionen Einwohner.

Der irakische Informationsminister Tariq Aziz erkärte, daß es Sicherheits- und ökonomische Gründe gäbe, die Kurden aus ihren Dörfern zu evakuieren (siehe auch: Mortimer, Guardian vom 28.9.75).

Als Gründe werden auch angegeben, daß in den Grenzgebieten und Ölgebieten besser spezialisierte arabische Industriearbeiter als kurdische Bauern und Hilfsarbeiter ansässig sein sollten.

Sei Haider, Mitglied der nationalen Führung der Baath-Partei, hat erklärt, daß die Abgrenzung des kurdischen Gebietes des Irak in Zukunft neu vorgenommen werden soll.

PLÄNE UND PERSPEKTIVEN FÜR DIE KURDEN IM IRAK

1. Die völlig gelähmte Führung der „Demokratischen Partei Kurdistan" versucht jetzt mehrere Hundert Kurden, deren Rückkehr in den Irak aufgrund ihres politischen Engagements für ihre persönliche Sicherheit äußerst gefährlich wäre, in europäische Staaten und nach Übersee zu evakuieren.

2. Die „Kurdische Nationale Union", geführt von Talabani in Damaskus, versucht ihre Kräfte zu samеln und Kontakte mit allen Elementen der irakischen Opposition aufzunehmen, um eine gemeinsame arabisch-kurdische progressive Solidaritätsfront aufzubauen. Sie hat öffenlich mitgeteilt, daß der bewaffnete Kampf im Irak bald wieder aufgenommen werden soll. Sie hat gegen Pläne der irakischen Regierung protestiert, „eine Million Kurden in den arabischen Südirak abzutransportieren".

3. Die „Demokratische Partei Kurdistan" in Bagdad, also der von der irakischen Baath-Regierung gleichgeschaltete Teil der „DPK" wird von Aziz Aqurawi präsidiert und ist neben der allmächtigen Baath-Partei gänzlich ohne Einfluß. Andere kurdische Parteien und Bewegungen, ebenfalls total gleichgeschaltet, besitzen noch weniger Einfluß.

4. Dr. Ismet Sherif Vanly in der Schweiz versucht, international kurdische Sozialisten und Sozialdemokraten zu organisieren. Die Vorschläge, die er der Baath-Partei im September 1975 gemacht hatte und die eine vollständige Ausführung des Autonomieabkommens zum Inhalt hatten, wurden von der irakischen Regierung nicht beantwortet.

(aus: Vierte Welt Aktuell)

AUSLAND

6. REGIERUNG: PROGRAMM DES AUSHUNGERNS

LISSABON/PARIS (ID) 9. Januar Die Errungenschaften der Rätebewegung an der Basis, die Selbstorganisation der Bauern, Arbeiter, Soldaten und Stadtteilbewohner in eigenen Organen waren zu einer echten Bedrohung für den bürgerlichen Staat in Portugal geworden. Das kann auch alle inzwischen als übertrieben zu kennzeichnende Euphorie hier- und dortzulande nicht wegwischen.

(Fortsetzung auf Seite 13)

der Zeitungen ein durchaus liberales oder gar — besonders im Norden — konservatives Gepräge behalten hatten. Oder aber sie sprachen einfach von Chaoten und Randalierern, Extremisten und Utopisten, von Disziplinlosigkeit und von „Zeitvergeudung mit Demonstrieren und Palavern, anstatt produktive Arbeit zu leisten", anstatt sich einmal an Ort und Stelle über die Hintergründe und Ziele von Demonstrationen und Landbesetzungen, die Arbeit der Arbeiter- und Einwohnerkommissionen, die Vorstellungen der Soldatenbewegung SUV und andere Bestrebungen nach direkter Demokratie zu informieren.

Bei politischen Auseinandersetzungen telefonierten Reporter manchmal irgendwelche Gruselgerüchte sogleich als „Tatsachenberichte" an Agenturen und Redaktionen, was dann am nächsten Tag als sensationelle Schlagzeilen in bundesdeutschen Blättern erschien. Und im August wurde sogar bei einem von der Gewerkschaft Intersindical organisierten und von Tausenden von Arbeitern mit großer Disziplin befolgten Streik ein „telegener" Zwischenfall zwischen einigen streikenden Taxifahrern und einem über diese Blockade seiner Fahrtroute erbosten Autofahrer von hiesigen Massenmedien als willkommene Gelegenheit genutzt, um von „Strassenschlachten in Lissabon" zu reden!

Angesichts dieser miserablen Informationspolitik der westdeutschen Medien war Schirmbeck nach dem 25. November eigens noch einmal für ein paar Tage nach Lissabon geflogen, um sich selbst ein konkretes Bild von der neuen Situation und deren Hintergründen machen zu können. Als er dann, mit einem dicken Koffer voll Informationen zurückkehrte, der „liberalen" Frankfurter Rundschau einen ausführlichen Bericht darüber anbot, habe der Chefredakteur das abgelehnt mit der Begründung, die Informanten, auf die Schirmbeck sich bezöge, „redeten alle so emotional", und das bringe die ganze Sache in eine falsche Richtung ... Überhaupt habe die FR seit dem faschistischen Putschversuch vom 11. März keinerlei Portugal–Artikel von ihm angenommen.

Die Argumentationen auf dem Podium wurden größtenteils bewußt auf einer „liberalen" Linie geführt. Nichtsdestoweniger scheute sich der kämpferische Journalist und Gewerkschafter Eckhart Spoo nicht, auch auf die Funktion solch diffamierender Berichterstattung für die Interessen der westdeutschen Bourgeoisie hinzuweisen, die ja während der faschistischen Ära Portugal bequem als „Billiglohnland" ausbeuten konnte, was durch den Aufschwung der portugiesischen Arbeiterbewegung und die sonstigen demokratischen Bestrebungen und die letzten anderthalb Jahre in Frage gestellt wurde. Man fühle sich da deutlich an gewisse Diffamierungskampagnen in unserem Lande gegen Lohnkämpfe usw. bzw. gegen die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften im allgemeinen erinnert. Spoo verwies auch auf Zusammenhänge zwischen der Berichterstattung über die ehemaligen portugiesischen Kolonien namentlich Angola, und die dortigen Interessen deutscher Konzerne hin. Insofern seien Portugal und die Berichterstattung über dieses Land für uns auch ein innenpolitisches Problem, und gerade demokratisch-kritische Journalisten hätten die Aufgabe, sich „Gegeninformationen" zu beschaffen und für eine bessere, den Realitäten gerecht werdende Berichterstattung zu kämpfen. In diesem Zusammenhang will z.B. die DJU im kommenden Frühjahr für Journalisten und andere an dieser Problematik interessierte eine Studienfahrt nach Portugal organisieren. ...

(aus: Portugal-Nachrichten 17)

ZWANGSUMSIEDLUNGEN UND KZ's IN KURDISTAN

HAMBURG (ID) Anf.Januar Die Lage in Irakisch-Kurdistan wird von der deutschsprachigen Presse fast völlig negiert, obwohl dort Hunderttausende Kurden zwangsdeportiert werden. DKP-orientierte Blätter wie "Unsere Zeit", „Berliner Extradienst", „Deutsche Volkszeitung", „Die Stimme" verschweigen zudem nicht nur diese gewaltigen Menschenrechtsverletzungen, die einem teilweisen Ethnocid (kultureller Völkermord) gleichkommen, sondern treten offen für die Politik der irakischen Baath-Regierung auch zur Kurdenfrage ein. Auch die Zeitschrift „progress 3. Welt", früher „Afrika Heute", die gegen Vertreibungen in Palästina und Südafrika ständig protestiert, billigte das irakische Vorgehen gegen die Kurden und unterschlägt die Kurdenvertreibungen. Wir übersenden die Ergebnisse der „Fact-Finding-Tour" des niederländischen Kurdistan-Komitees auch deshalb allen Dritte-Welt-Arbeitsgruppen der Bundesrepublik, um auf die groben Verfälschungen der Kurdistan-Berichterstattung von Dritte-Welt-Zeitschriften wie „Antiimperialistisches Informationsbulletin" (Marburg) und „progress 3. Welt" (Bonn) aufmerksam zu machen. Wir bitten Sie zu überlegen, ob es nicht andlich an der Zeit ist, über diese Vorfälle zu berichten, lokale regionale und überregionale Zeitungen sowie Informationsblätter aller Art auf die Misere der kurdischen Massen im Irak aufmerksam zu machen.

Zwei Mitglieder der Initiatiefgroep Koerdistan besuchten auf Einladung der irakischen Regierung im November 1975 den Irak, damit sie die Lage im kurdischen Norden untersuchen konnten. Dennoch verhinderte Iraks Baath-Regierung ihre Einreise nach Kurdistan und zog die Einladung einige Tage nach ihrer Ankunft in Bagdad zurück und beschuldigte sie, „sich allzu sehr für die internen Angelegenheiten des Irak zu interessieren". Dieser Bericht von Piet Muller und Frek Hasselaar basiert auf Recherchen, die beide während ihres fünftägigen Besuches in Bagdad und Umgebung machten. Diese Recherchen wurden abgestimmt mit kurdischen und anderen Quellen aus Syrien, Europa und den USA. Besonders berücksichtigt wurden die Ergebnisse der Reise von Dr. Ismet Cherif Vanly in den Irak vom vergangenen August und September.

Die letzten Entwicklungen in der kurdischen Bewegung im vergangenen August haben die irakischen Behörden zugegeben (vor allem von Na'im Haddad, Mitglied der regionalen Führerschaft der Baath-Partei des Irak), daß 93.000 irakische Kurden noch im Iran verblieben waren, von denen bis dahin 50.000 überzeugt werden konnten, in den Irak zurückzukehren. Um diese Rückkehr so schnell wie möglich durchzuführen, besuchten irakische Behördenvertreter mehrmals die kurdischen Flüchtlingslager, um die Kurden zur Rückkehr zu drängen. Außerdem wurden die Lebensumstände so niedrig gehalten, daß z.B. im Zeltlager von Kasr'e'shrien 30.000 Menschen in Zelten unterschlechtesten Bedingungen hygienischer Art dahinvegetierten. Außerdem lösten die iranischen und irakischen Behörden alle kurdischen Führungsgremien in den Lagern auf und stellten sie unter die direkte Kontrolle des iranischen Geheimdienstes Savak. Neun Kurden wurden im Streit getötet, nachdem ein kurdisches Kind ohne Genehimgung iranischer Behörden baden gegangen war (im Anzal-Lager). Im August 1975 wurden 263 Kurden, unter ihnen mehrere führende politische Persönlichkeiten, den irakischen Behörden ausgeliefert. Es liegt jetzt klar auf der Hand, daß im Rahmen eines geheimen irakisch-iranischen Abkommens in Fortsetzung des Algierabkommens vom 3.3.75 etwa 80.000 kurdische Flüchtlinge freiwillig oder gewaltsam bis zum 1. Dezember dieses Jahres repatriiert werden sollten. Dieser Termin wurde später auf den 10.12.75 verschoben. Die Repatriierung wurde durch folgende Maßnahmen erzwungen:

1. Jeder kurdische Flüchtling, der nicht bis zum Ablauf dieses Termins zurückkehrte, sollte seine irakischen Bürgerrechte verlieren.

2. 10.000 Kurden, die von der iranischen Regierung das Asylrecht erhalten sollten, wurde offiziell von der iranischen Regierung mitgeteilt, sie müßten sich in das soziale und ökonomische System des Iran eingliedern und würden über das ganze Land verteilt. Eine ganze Anzahl von ihnen wurde bereits nach Belutschistan transportiert (Briefe liegen vor). Diese Verstreuung bedeutet Verlust der kurdischen Identität.

3. Irakische Kurden, die als Flüchtlinge im Iran sitzen, erhielten keine Erlaubnis, das Land zu verlassen, obwohl mehrere Regierungen in Europa und Übersee sich bereits mit der iranischen Regierung geeinigt hatten,(wie seinerzeit mit den Chile-Flüchtlingen) kurdische Flüchtlinge in westlichen Ländern aufzunehmen. Bis heute wurde diese Ausreise verboten, sodaß zahlreiche Irakikurden-Flüchtlinge im Iran in tiefe Hoffnungslosigkeit und Unsicherheit versetzt wurden und viele sich gezwungen sehen, die Repatriierung in den Irak zu akzeptieren. Zwar ist die Rückkehr einiger Zehntausend, die sich militärisch und politisch nicht so belastet haben, für die persönliche Sicherheit dieser Menschen relativ ungefährlich. Im November 75 sind mehrere Zehntausen d aus dem Iran in den Irak zurückgekehrt.

BRIEF VON EX-RALIS-CHEF ALMEIDA AUS DEM GEFÄNGNIS

PORTO (ID) 13. Januar Im Custóias-Gefängnis in Porto sind etwa 160 linke Militärs gefangen. Seit dem 25. November. Unter Ihnen ist Major Dinis de Almeida, Ex-Chef von Roten Regiment RALIS. Er hat aus dem Gefängnis heraus einen Brief an eine Verwandte geschieben, den wir der Nr. 2 des Informationsbulletins der „Vereinigung der Angehörigen dergefangenen Militärs" (Associacão de Familiares dos Militares Revolucionários Presos) vom Dezember 75 entnehmen – zum Vorwurf, er sei mitverantwortlich für einen – dilettantischen – Linksputsch am 25. November:

„Liebe Kusine,

Ich bin jetzt ruhiger geworden und schreibe dir zu dieser „Denunzierung" der Genossen.

Das ist völlig falsch und schändlich. Es handelt sich um eine doppelte Kampagne, bestehend aus Spaltung und Diffamierung. Denn eine solche Behauptung zielt – außer dem Versuch, mich zu diffamieren – darauf ab, mich von meinen Genossen abzuspalten.

Die Verteidigung dagegen muß folgendermaßen aussehen: Die Familienmitglieder der verhafteten Militärs müssen sich vereinigen. Mach sie auf die Gefahren und Ziele dieser Kampagne aufmerksam und erkläre ihnen die Risiken, zumal die Kommunikation unter uns schwierig ist und unter den verschiedenen Gefängnissen tisch unmöglich.

Außerdem bin ich der Meinung, daß diese Situation auf der nächsten Versammlung der Angehörigen besprochen werden muß. Ich wiederhole: Es war kein Staatstreich, jedenfalls was ich zumindest bemerkt habe.Ich habe mich freiwillig gestellt, weil die Situation klar gewesen ist, (es war die Bedrohung der Kommandantur der Militärregion Lissabon).

Ich war von einer Entwicklung überrollt, die mich und meine Vorgesetzten verwirrte: (General Otelo) war verhaftet oder verschwunden – ich beschloß daher, mich zu stellen und erfüllte somit den Befehl des Präsidenten der Republik. Damit ist nun spekuliert worden. Besonders in dem Sinn, ich hätte „den Putsch zugegeben."

Daran ist nichts wahr.

Es ist völlig plausibel, daß der Begriff „Putsch" von Nutzen ist – ich benutze ihn ebenso oft wie andere Militärs, um eine Situation zu beschreiben wie z.B.die Entlassung von Otelo vom Kommando der Militärregion Lissabon. Dies haben wir einen Putsch des Revolutionsrates genannt. Das ist ein Beispiel von vielen, wo der Begriff „Putsch" nicht das geringste mit einem Staatsstreich zu tun hat. Es ist klar, daß es nach dieser Kampagne schwierig sein wird, der ötzen" vom Gegenteil zu überzeugen.

Aber das ist die Wahrheit. Ich habe keinen Grund, dich zu belügen. Herzliche Umarmung, Eduardo.

PS: Wie kann ich euch Beteiligte an einem Staatsstreich denunzieren, wenn es meiner Meinung nach keinen gab?

Revolutionäre: raus aus den Gefängnissen jetzt !

Arbeiter und Soldaten: derselbe Kampf!"

AKTION FÜR GENERAL-AMNESTIE

BARCELONA (ID) 10. Januar Seit Weihnachten spielt sich jeden Tag in Barcelona eine bisher in Spanien für undenkbar gehaltene Szene ab: vor dem Männergefängnis demonstrierten der 43jährige Arbeiterpriester Lluis Maria Xirinacs und einige seiner Freunde aus der „Versammlung von Katalonien" (ein Zusammenschluß verschiedener verbotener Oppositionsgruppen) für eine allgemeine Amnestie aller politischen Gefangegen. Dabei kommt es zu Ausschreitungen Rechtsradikaler wie GAS (Grupo de Acción Sindicalista) und PENS (Partido Español Nacional Socialista) gegen die Xirinacs-Gruppe. Da diese aber auf die Angriffe der Faschisten nicht reagiert, konnten bisher größere Zusammenstöße, auf die die Polizei nur wartet, um zuungunsten von Xirinacs eingreifen zu können, verhindert werden. (Denn noch ist das aus der Franco-Ära stammende Gesetz nicht aufgehoben, das jede Versammlung von mehr als 20 Personen als illegal bezeichnet und zur Verhaftung von allen Teilnehmern führen kann. Unverändert besteht das im letzten August erlassene „Dekret gegen Terrorismus und Subversion", durch das die Politische Polizei, die Bereitschaftspolizei und die schwerbewaffnete Guardia Civil ohne richterliche Verfügung jeden festnehmen und foltern kann, der ihnen verdächtig vorkommt.

Solange die Totalamnestie nicht verkündet wird, für die freilich die bestehenden Gesetze geändert werden müssen, hält Pater Xirinacs den permanenten Protest und Straßendiskussionen für notwendig.

Lluis Xirinacs ist seit 1970 mehrfach wegen Teilnahme an illegalen Versammlungen und Verteilens von Flugblättern zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt worden. Immer wieder trat er in den Hunger- und Durststreik, um auf die Freilassung aller politischen Gefangenen aufmerksam zu machen. Weihnachten 1974 schrieb er aus dem brüchtigten Madrider Gefängnis Carabanchel an Franco: „Die Republik wollte die Frucht der Arbeit an alle gerecht verteilen – du dagegen hast einen Krieg mit einer Million Toten vom Zaun gebrochen, und dein Frieden ist nichts anderes als das durch Terror erzwungene Schweigen aller Völker des spanischen Staates".

Im Oktober 1975 wird Xirinacs, nachdem er fast zwei Jahre einsaß, vorzeitig wegen „guter Führung" entlassen; am 1. Dezember beginnt er erneut zusammen mit fünf Freunden im Kloster Montserrat einen Hungerstreik, um eine Generalamnestie zu erreichen. Aus verschiedenen Gründen bricht er ihn am 22. Dezember ab, um vom ersten Weihnachtstag ab auf der Straße, vor dem Gefängnis in Barcelona, für dieselbe Sache zu demonstrieren.

Gegenwärtig wird eine Kampagne vorbereitet, die das Osloer Nobelpreiskomitee dazu bewegen soll, Pater Xirinacs 1976 den Friedensnobelpreis zu verleihen.

Bedingungslos hinter ihn gestellt hat sich bis jetzt kirchlicherseits nur Abt Just von Montserrat. Die Position dieses Abtes, nicht gerade häufig unter den hohen Würdenträgern der spanischen Kirche, entspricht seit langem dem Denken und Fühlen der Priester, die enger mit dem Volk verbunden sind. Unterstützung erhielt Xirinacs von der „Versammlung von Katalonien", deren Mitglied er ist, den „Christen für den Sozialismus", den „Comisiones Obreras", der katholischen Arbeiterjugend sowie von non-violent-Gruppen.

PUTSCH DER LOYALISTEN IM FRÜHJAHR ?

REP.IRLAND (ID) 12. Januar „Die 600 zunächst in das Gebiet von Süd Armagh verlegten britischen Soldaten gehören zum „Spearhead" Regiment, einer regulären Invasionstruppe, die zuletzt Guerillaaufstände in Britisch Honduras und Burma niedergeschlagen haben. Zusätzlich wurden anfangs dieser Woche 150 Mitglieder der berüchtigten SAS-Spezialeinheit (special Air Service) nach Crossmaglen gebracht. Eine Truppe, die explizit Zwischenfälle provozieren soll und für Counter Insurgency-Aufgaben trainiert ist. Ironischerweise sollen gerade diese Truppen helfen, „Zwischenfälle" zu vermeiden.

Synchron zu diesen britischen Provokationen erklärten Führer der protestantischen Reaktion (Paisley, Barr, West), sie seien dabei, ihre Pläne für einen Generalstreik zu verwirklichen, wenn die britische Regierung nicht sofort einen zentralen Schlag gegen die antiimperialistischen Gruppen führen würde.

Sie verkündeten gleichzeitig, daß in Nordirland 20.000 bewaffnete Mitglieder der paramilitärischen loyalistischen Organisationen zur Verfügung stünden. Zum Vergleich verfügt die Belfast Brigade der IRA über ca. 1.200 trainierte und bewaffnete Mitglieder. Gleichzeitig können die protestantischen Reaktionäre noch mit der militärischen Hilfe der britischen Armee und des UDR-Regiments rechnen. Es spricht alles dafür, daß ein loyalistischer Putsch, ein verheerender Bürgerkrieg in Nordirland noch in diesem Frühjahr möglich ist.

Gerade deshalb mußte dem Staat und seinen Interessenten ein 25. November als klassischer Ausweg aus der Krise erscheinen. Dieser 25. November – eine von der Bourgeoisie gestellte Falle für die revolutionäre Massenbewegung ! Ein solcher Erklärungsversuch bringt eine wichtige Begründung für die Tatenlosigkeit dieser Bewegund. Fakten dazu:

Otelos Entmachtung – als Sturz einer realen und einer symbolkräftigen Führergestalt – wurde angedroht und verwirklicht. Miteinberechnet wurde die explosive Radikalisierung bei den Fallschirmjägern. Sie schlugen los ... und obwohl hinter ihnen ideologisch sicher die Hälfte aller portugiesischen Soldaten standen, genügten 400 gedrillte Elitesoldaten von den Kommandos des Faschisten Jaime Neves, um innerhalb weniger Stunden dem revolutionären Prozeß erstmal die Gurgel abzudrehen.

Die 6. Regierung, die dadurch in eine ziemliche starke Position per Offensive gekommen ist, beweist ihre Bedrohung nachträglich mit ihrer Wirtschaftspolitik.

Folgende Maßnahmen, als Bündel betrachtet, wurden (laut Le Monde Diplomatique) in den letzten Wochen denen aufgezwungen, die angefangen hatten, aufrecht zu gehen:

– genereller Lohnstop
– Aufhebung der Tarifverträge
– Reaktivierung des Geldmarktes
– Wegnahme der Kontrolle der Bankangestellten über die Banken
– Entschädigung von kleineren und mittleren Aktionären
– strenge staatliche Kontrolle über „administarative Unverantwortlichkeit" (das heißt: Selbstverwaltung!)
– Kreditstop für das Management, das Anordnungen von oben nicht befolgt, vor allem in der Bauindustrie
– Einschränkung der Investitionsmöglichkeiten von Arbeiterkommissionen
– Steigerung der Zahl der Arbeitsemigranten.

Für diesen Samstag (17. Januar) haben linke Parteien und Kommissionen zu einer Massenmobilisierung gegen dieses Programm des Aushungerns aufgerufen. Sie ist der Höhepunkt einer seit 14 Tagen dauernden Kampagne. Von ihrer Stärke hängt der erste Schritt zur Gegenoffensive ab.

DER BÜRGERLICHE STAAT HAT SEINE MEDIEN WIEDER

LISSABON (ID) 13. Januar Einschüchterungen wirken als Zensur und Selbstzensur, Rausschmiß und Kündigungen folgen nach – das sind die Maßnahmen des bürgerlichen Pluralismus in den protugiesischen Medien. Immer deutlicher wird, daß das revolutionäre Lager der Intellektuellen und Arbeiter wichtiges Terrain eingebüßt hat – Folge des 25. November.

War im Grunde die Medienlandschaft vor dem 25. November allmählich dem Selbstverständnis eines sozialistischen Pluralismus ziemlich nahe gekommen (ID 102), so hat nun zunächst das bürgerliche Lager verlorene Machtpositionen auf diesem Gebiet zurückerobert. Hier ein vorläufiger Überblick:

Die beiden unter voller Arbeiterkontrolle stehenden Medien, die Zeitung República und Radio Renascença (RR) sind es nicht mehr. Die Zeitung wird, nachdem die Arbeiter in Sorge um ihre Arbeitsplätze eine illegale Fortführung abgelehnt hatten, vom Staat kontrolliert werden – wie „Diario de Noticias", wo inzwischen zwei Sozialdemokraten von der PS oben auf der ersten Seite als Direktoren stehen (diesen Posten hatte zuletzt ein Druckarbeiter inne).

RR ist wieder in Händen des reaktionären Klerus und hat gleich in seiner ersten Sendung am 2. Januar akustischen Weihrauch aus einer Kirche in die Luft geblasen.

Der staatliche Sender „Emissora Nacional" ist staatlich geblieben, wie er war; sein Kammermusik-Programm ist allerdings jetzt ziemlich angeschwollen.

Radio Clube Português (RCP), früher der „Freiheitssender", war sofort nach dem 25. November zum Schweigen gebracht worden. Seit dem 4. Januar sendet RCP wieder – unter staatlicher Kontrolle, zunächst in einer Experimentierphase von zehn Tagen ohne Werbung. Die Nachrichten sind mit Emissora Nacional koordiniert, offiziell natürlich. Ab 15. Januar wird wieder Werbung verbreitet.

Bei RCP wurden 22 Journalisten entlassen, ihnen wurde verboten, den Sender zu besuchen.

Mit dem Neubeginn von RCP wurden die „Emissoras Associadas de Lisboa", eine Gesellschaft mehrerer kleiner privater Sender, aufgelöst.

Der Staat hat inzwischen eine „Empresa Publica de Radiodifusão" geschaffen, also ein staatliches Rundfunkunternehmen. Als ein Bestandteil dieses Unternehmens wird RCP für das Wirtschaftsprogramm zuständig sein. Die Vollversammlung von RCP hat sich unterdessen gegen die angestrebte Trennung eines wirtschaftlichen von den andren Sektoren ausgesprochen.

Das einzige – schon immer staatliche – Fernsehen, Radio Televisão Protuguesa (RTP), sendet weiter. Mindestens 30 Journalisten sind entlassen worden.

Die beiden (ehemals unabhängigen) linken Tagesblätter, A Capital und Diario Popular, erscheinen wiedermit neuen Direktoren, ebenso Diario de Lisboa, das früher der KP nahe stand.

Die sehr wichtige, unabhängige, linke Wochenzeitschrift „Vida Mundial" hat nach harten Kämpfen ihren Direktor verloren. Augusto Abelaira, bekannter Schriftsteller und Mitglied der Jury des portugiesischen Schriftstellerverbandes, wurde abgelöst, ebenso der Redaktionschef Alexandre Manuel – gegen den Willen der Vollversammlung. Sämtliche Redaktionsräte wurden verboten.

Anfang Januar haben 156 entlassene Journalisten öffentlich gegen die Repressionsmaßnahmen protestiert.

Fazit: die Medien sind wieder den herrschenden Klassen zu Diensten.

Aus dem Brief einer Genossin aus Coimbra:

„Euer Artikel über die Durchsuchungen und Verhaftungen in Torre Bela (ID 106) ist sehr repräsentativ: unter dem Vorwand „Waffensuche" wurden Gewerkschaftshäuser, Büros linker Organisationen, Zeitungen, Wohnungen von Antifaschisten und Landwirtschaftskooperativen durchsucht."

(Anm.: Dies Praxis erinnert haarscharf an die „allanamientos", die Durchsuchungen in Chile vor dem Putsch. Ihr doppelter Effekt: Einschüchterung und Gewinn von Informationen.)

„Während die revolutionären Militärs weiterhin in Haft sind, werden Faschisten des früheren Pide-Geheimdienstes freigelassen. Bekanntestes Beispiel: Silva Cunha, unter Salazar und Caetano Verteidigungs- und Überseeminister. Jetzt fehlt nur noch die offizielle Einreise Spinolas und die Anerkennung der beiden faschistischen Organisationen ELP und MDLP!"

„Das neue Schlagwort in den Medien ist „pluralismo". Im Radio hört sich das so an: keine revolutionären portugiesischen Lieder mehr, sondern nur noch ausländische Pop-Musik. Im Fernsehen werden Gala-Spektakel gesendet, Ereignisse wie die in Custóias werden in ein paar Minuten/Sätzen abgehandelt.

Die offiziellen Kommuniqués der Militärregionen, der Regierungsstellen etc. sind im Tonfall denen der faschistischen Ära sehr ähnlich: dieselbe Sprache, dieselbe Technik. Manchmal scheint es, als wären sie aus den alten Archiven hervorgeholt.

Bei uns hier in Coimbra, einer reinen Studentenstadt, hat die Entwicklung entsprechend durchgeschlagen. Die rechten Studentenverbände verdoppeln ihre Anstrengungen im Kampf um die Führungsgremien in der Universität.

Aber es gibt keinen Platz für Mutlosigkeit. Die Arbeit geht weiter, mit Disziplin und Energie."

Und die BRD-Medien?

Die FAZ vom 15. Januar widmet dem rechtsradikalen CDS (Demokratisch-Soziales Zentrum) einen eigenen Artikel, in dem sie sich freut:

„Seit der niedergeschlagenen Rebellion vom 25.11.75 kann der CDS unter viel besseren Bedingungen arbeiten als vorher."
Anm.: Der CDS war an den beiden Rechtsputschen vom 28. September 74 und vom 11. März 75 bet eiligt.

Er schleicht sich wie im Krimi in ein Hinterhaus
Und trifft dort jemand, der Adressen hat.
Der jagt ihm einen Schreck ein, dann nimmt er ihn aus.
In dieser Nacht ist Kaffke ziemlich matt.
Am Dienstag im Büro erzählt ein Sekretär,
Es habe den Kollegen Lutz erwischt,
Der in der letzten Nacht einfach verblutet wär
Beim Engelmacher auf dem Küchentisch.
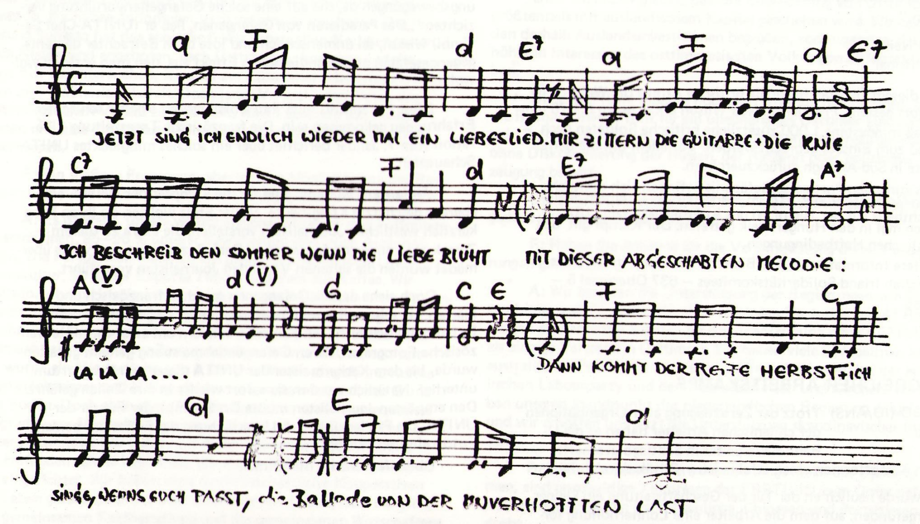
Am Dienstag Abend geht Herr Kaffke einsam durch die Stadt.
Er hat ein Fieber, ihm wird heiß und kalt.
Da haut ihm eine Frau so aufn Arsch und sagt:
'Komm mit mir Kleiner, du wirst gut bezahlt!'
Herr Kaffke flüstert leise: 'Hau doch ab, du alte Sau!'
Und haut dann selber ab, und zwar nach Haus.
Da findet er per Zufall endlich seine Frau
Und heult sich bei der Frau erst einmal aus.

Am Mittwoch fährt Herr Kaffke mit der Eisenbahn
Nach Holland, an den letzten Zufluchtsort.
Am Freitag kommt er wieder in der Heimat an
Und wird auch gleich verhaftet, wegen Mord.
'Das Leben', sagt der Richter, 'ist dem Staat egal.
Das ungeborne Leben aber nicht.'
Herr Kaffke sagt: 'Herr Richter, M a n n ! Ich hatte keine Wahl!'
'Die Abtreibung ist Mord.' Sagt das Gericht.

So könnte dieses Lied auch schon zu Ende sein
Und jeder sagt: 'Na ja, ein blödes Lied.'
Da fällt mir grad noch eine Wendung ein,
Damit der Fall auch seine Kreise zieht:

Am nächsten Morgen wacht der Richter auf, was ist ihm schlecht!
Er kotzt sich erst mal aus und bleibt zu Haus.
Und sagt zu seiner Frau: 'Mein Schatz, ich weiß nicht recht,
Drei Wochen schon bleibt meine Regel aus.....'

W.N. dez.75



IRA VERURTEILT ANSCHLAG IN ARMAGH

BELFAST (ID)
14. Januar

Das Westdeutsche Irlandsolidaritätskomittee hat uns zu den Ereignissen in Irland in der ersten Januarwoche folgenden Bericht geschickt: Am 2. Januar 1975 verursachten sechs in der Innenstadt von Belfast gezündete Bomben der IRA einen Sachschaden von 50 Millionen Mark. Eine vorherige Warnung wurde gegeben. Menschen waren nicht betroffen.

Einen Tag zuvor hatte der Stab der Belfast Brigade der IRA eine letzte Warnung an die britische Regierung veröffentlich, zu „jeder Zeit die bewaffneten Aktivitäten wieder aufnehmen zu können", falls nicht unmittelbar eine deutliche Erklärung der britischen Seite über einen Truppenabzug erfolgen sollte.

Einen Tag darauf griff die IRA mit einer 450 Pfund Bombe erneut das Hauptquartier der britischen Armee auf Belfasts Grand Central Avenue an: das Gebäude wurde erneut erheblich zerstört. Mehrere Soldaten wurden verletzt. Experten prüfen, ob die Statik des Gebäudes dauerhaft beschädigt wurde. In Derry und Armagh City wurden mehrere Polizisten und vier Soldaten der britischen Armee getötet bzw. schwer verletzt. Ebenso wurde die Bahnlinie Dublin – Belfast durch einen Bombenanschlag unterbrochen. Unmittelbar nach diesen neuen militärischen Aktivitäten der IRA ereigneten sich die bekannten sektiererischen Morde an zunächst katholischen Arbeitern und endlich der Überfall auf die protestantischen Arbeiter in Armagh. Dazu hat die Provisorische IRA folgende Erklärung abgegeben:

„Wir verurteilen entschieden den sinnlosen und blutigen Anschlag auf protestantische Arbeiter in der Grafschaft Armagh in Ulster. Keine der aktiven Einheiten der IRA war an diesem Massaker direkt oder indirekt – beteiligt. Mit Sicherheit war auch keine Organisation, die der katholischen Seite zuzurechnen ist, beteiligt. Nicht zufällig ereignete sich diese Provokation in der Grafschaft Armagh, wo unsere militärischen Einheiten große Gebiete vollständig unter ihrer Kontrolle haben. Es ging dabei offensichtlich darum, die britische Regierung zu zwingen, ihre Truppen zu einer Invasion in dieses Gebiet zu entsenden, das der britischen Generalität seit langem ein Dorn im Auge ist.

Es handelt sich demnach um einen der Counter-Insurgency-Anschäge, wie ausgeführt im Werk des britischen Generals Frank Kitson. Ginge es der IRA darum, einfach Protestanten zu töten, so hätte sie dazu jederzeit, alltäglich genug Gelegenheit gehabt und hätte nicht auf diesen Tag warten müssen. Es ist aber die Absicht der IRA, die britischen Truppen mit allen ihren Mitteln aus Ir land zu entfernen, um die Selbstbestimmung aller Iren (auch der Protestanten) zu erringen."

P. O'Neill
Ard Runai

Mit diesem Überfall hatte die britische Armee die Weichen für ihre Antwort gestellt. Premierminister Wilson erklärte am 6.1.76 um 19 Uhr, daß mindestens 1.000 zusätzliche britische Soldaten nach Nordirland zum Einsatz gebracht werden. Vor allem um die befreiten Gebiete in Süd-Armagh zurückzuerobern.

Im südirischen Portlaoise Gefängnis befinden sich sämtliche politischen Gefangenen der IRA im Hungerstriek. In einem englischen Zuchthaus auf der Isle of Wight ist Proinsias Stagg, IRA, zum dritten mal in den Hungerstreik getreten. Der Kampf gilt den unmenschlichen Haftbedingungen.

Weitere Informationen und Berichte im neuen Info 10 des Westdeutschen Irland-Solidaritätskomitees – 637 Oberursel 5 – Postfach 35.

ERFOLGREICHER ARBEITSKAMPF

SANTIAGO (ID/ANS)
14. Januar

Trotz der Zerschlagung aller Organisationen der chilenischen Arbeiter haben es die U-Bahn-Bauarbeiter in Santiago geschafft, mit neuen Kampfformen einen erfolgreichen Streik durchzuführen.

So wurde neulich an der Tür der Geschäftsleitung ein kleiner Zettel vorgefunden, auf dem die Arbeiter eine Lohnerhöhung forderten und eine Antwort innerhalb einer Woche verlangten. Als die Frist verstrichen war, ohne daß die Geschäftsleitung sich gerührt hätte, traten die Arbeiter in den Streik. Prompt wurde die Armee alarmiert. Ein Offizier forderte, daß eine Arbeiterdelegation für Verhandlungen mit dem Unternehmer gebildet werden sollte. Auf diese Finte gingen die Arbeiter jedoch nicht ein: bei vorangegangenen Aktionen waren die Delegationen verhaftet, der Sprecher erschossen worden.

Schließlich rief die Armee zu einer Belegschaftsversammlung auf und forderte die Arbeiter nochmals auf, offen ihre Forderungen zu erklären – immer noch Schweigen. Dann, als die Versammlung gerade zu Ende ging, fing jemand plötzlich an zu rufen: „Mehr Geld!" Die Parole wurde sofort von der ganzen Versammlung lauthals aufgegriffen, sodaß kein Zweifel mehr darüber bestehen konnte, was die Arbeiter wollten.

Tatsächlich wurde darauf eine Lohnerhöhung gegeben. Es war nicht ganz soviel, wie gefordert wurde – aber es war ein Sieg ohne Opfer.

Auch in anderen Fabriken wurde Widerstand organisiert. Sabotage und Maschinenzerstörung sind an der Tagesordnung. Die Fernsehfabrik Mellafe und Salas wurde durch ein unerklärliches Feuer zerstört, und die Dupont Sprengstoffabrik wurde das Opfer der eigenen Explosiva.

Zur Wirtschaftslage: Inflationsrate 1975 ca. 300 %, 25 % Arbeitslosigkeit. Seit dem faschistischen Putsch haben die Durchschnittslöhne der Arbeiter 60 % ihrer realen Kaufkraft verloren, die Arbeitszeit wurde auf 57 Wochenstunden ausgedehnt. 2.000 kleinere Betriebe mußten nach Pinochets Politik des „nationalen Wiederaufbaus" zumachen, 200 größere Betriebe arbeiten nur noch an zweieinhalb Tagen in der Woche.

Den von der Volksfrontregierung verstaatlichten Konzernen wurde großzügige Entschädigung gezahlt – auch die berüchtigte ITT wurde wieder privat.

PEINLICHE VERWECHSLUNG

ANGOLA (ID,Libe)
17. Januar

Über ein „peinliches Schauspiel" berichtete Rolf Seelmann-Eggbert in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. Janaur, S. 3, nämlich über eine Gefangenenvorführung der MPLA in Addis Abeba. Wieviel besser stehen doch die beiden westlich orientierten Befreiungsbewegungen da, die auf eine solche Gefangenenvorführung verzichten: „Das Paradieren von Gefangenen, ließ er (UNITA-Chef Savimbi) wissen, sei unmenschlich und löse beim Betrachter den entgegengesetzten propagandistischen Effekt aus, den man erzielen wolwolle."

Diese Erkenntnis muß ihm wohl aufgrund eigener schlechter Erfahrungen gekommen sein. Die französische Tageszeitung Libération vom 7. Januar berichtet über ein solches mißglücktes UNITA-Schauspiel:

„Gefangene Kubaner sind für die Kämpfer der UNITA eine überaus geschätzte Kriegsbeute. Voller Stolz wollten sie ihren Fang kürzlich westlichen Journalisten vorstellen, die extra zu diesem Zweck zusammengerufen wurden. Barfuß, zerlumpt und völlig übermüdet wurden die seltenen Vögel den Journalisten vorgeführt.

Doch siehe da, die Gefangenen sprachen französisch und erklärten, sie seien seit zwei Monaten heimlich eingesperrt worden. Es handelte sich nicht um Kubaner, sondern um zwei vermißte französische Fotografen, deren Gefangennahme streng geheim gehalten wurde, bis dem Kerkermeister der UNITA dieser peinliche Irrtum unterlief. Natürlich wurden sie sofort wieder in ihre Zellen geführt. Den empörten Journalisten mußte Dr. Savimbi, der Führer der UNITA, die Freilassung nach Untersuchung des Falles der beiden Fotografen versprechen.

Übereifer schadet manchmal."

ZUR PRAXIS UND POLITIK DER 'FRETILIN'
INTERVIEW MIT DEM 3. VORSITZENDEN DER FRETILIN – ABILIO ARAUJO

OST-TIMOR (ID)
Anfang Januar

Wenig wurde im Bericht über die indonesische Invasion Ost-Timors (ID 106) zur Befreiungsbewegung FRETILIN (Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor) gesagt. Das sei jetzt nachgeholt:

F: Warum wehrt sich die FRETILIN so beharrlich gegen den „Anschluß" an Indonesien, den die beiden anderen „Befreiungsbewegungen", die APODETI und neuerdings auch die UDT, herbeisehnen? Sind sie nicht sprachlich, kulturell, geographisch mit Indonesien verbunden, ist nicht der Westen Timors seit der Gründung Indonesiens Teil dieses Landes?

A: Wir unterscheiden uns nicht nur durch die getrennte Entwicklung der 450 Jahre währenden portugiesischen Herrschaft von Indonesien. Osttimor besitzt eine eigene Identität, wir sprechen eine andere Sprache als Indonesien, das Tettun, neben 30 lokalen Sprachen und Dialekten. Unsere Bevölkerung besteht aus melanesischen Stämmen, später eingewanderte malaiischen Bevölkerungsteilen, außerdem haben wir eine chinesische Minderheit von 20.000 Menschen in Osttimor, einige Hundert Portugiesen und Menschen mit portugisischem Blut. Unsere eigene Sprache, Kultur und Geschichte rechtfertigen die Unabhängigkeit Osttimors. Schließlich besitzt das indonesische Militärregime keinerlei Attraktivität. Die APODETI und die UDT – seit ihrer hundertprozentigen Umschwenkung auf die indonesische Position – repräsentieren niemand mehr, es sei denn die Privilegien einer winzigen Oberschicht. Im übrigen verlangen wir nicht mehr und nicht weniger als jede andere ehemalige Kolonie: die nationale Souveränität und Selbstbestimmung nach dem Antreten der Kolonialmacht!

DIE LAGE

F: Ist die FRETILIN kommunistisch? Bedroht ihre Machtergreifung die Stabilität im australisch-indonesischen Raum, wie westliche Strategen und Presseorgane befürchten?

A: Die FRETILIN ist jetzt die einzige Befreiungsbewegung Osttimors – weil nur sie den Wunsch der 700.000 Osttimoresen nach nationaler Unabhängigkeit repräsentiert, weil nur sie den drei Grundübeln der Situation unseres Volkes entgegentritt: Krankheit, Hunger, Analphabetentum. Viele Leute im Westen erklären jede Bewegung in der Dritten Welt, die diesen Grundübeln den Krieg erklärt, für kommunistisch. Doch im Ernst: wir sind eine nationale Befreiungsfront, in der alle Kräfte und Gruppen vertreten sind, die die nationale Befreiung Osttimors und seine soziale und ökonomische Entwicklung befürworten. Wir bedrohen weder Indoneseien noch Australien. Indonesien bedroht uns mit einer militärischen Invasion, wir haben Indonesien Verhandlungen angeboten. Die Regierung Suharto hat das abgelehnt! Wir haben allen Nachbarstaaten, auch Neuseeland angeboten, nach Osttimor zu kommen und die Lage hier zu untersuchen, wir sind zur Zusammenarbeit mit Australiern und Indonesiern bereit. Doch jeder Versuch, den Willen des osttimoresischen Volkes zu ersticken, wird Tausende von Leben kosten und eine lange Zeit der Instabilität in dieser Region heraufbeschwören.

F: Ein schönes Programm, aber welche Möglichkeiten der Realisierung hat die FRETILIN bei einer Analphabetenrate von 90%?

A: Es ist wahr, unsere wirtschaftliche Situation mag hoffnungslos erscheinen, 95–98 % unserer Bevölkerung sind noch Analphabeten. Die Portugiesen machten aus unserer Landwirtschaft eine Monokultur, 90 % der Exporte Timors bestehen aus Kaffee. Wir besitzen nur ein Hospital mit zwei Ärzten, nur 12 Osttimoresen konnten ihr Studium abschließen, 30 weitere studieren in Portugal. Bis zu unserem Volksaufstand von 1959 hatte die portugiesische Kolonialmacht ein System der Zwangsarbeit aufrechterhalten, erst seither wurde ein Mindestlohn von 9 DM pro Woche eingeführt. Kaffeeplantagenbesitzer und Viehgroßrancher besaßen den meisten Grund und Boden. Doch eben diese Umstände machen unser konsequentes Programm zur Veränderung unserer Wirtschaft und Gesellschaft so bitter notwendig! Wir haben mit diesen Veränderungen während des laufenden Jahres begonnen. Wir haben 300 einfache Volksschulen eingerichtet. Wir haben erste landwirtschaftliche Kooperativen ins Leben gerufen, die auf dem traditionellen Knuasystem basieren, der gemeinsamen Feldbestellung und des gemeinsamen Wirtschaftens durch einen Klan, eine dörfliche Großfamilie: die Knua. Indem wir diese traditionelle Wirtschaftsweise wiederbeleben, indem wir die Knua mit neuen Anbaumethoden und neuen Geräten vertraut machen, bauen wir das Land von unten neu auf.

DAS PROGRAMM

F: Welche Lösung bietet die FRETILIN für die Krise um Osttimor an?

A: Die Problem Osttimors sollten durch die Bevölkerung Timors innerhalb der nationalen Grenzen ohne Druck von außen gelöst werden. Die FRETILIN erkennt noch immer die Souveränität Portugals über Osttimor an und strebt Verhandlungen mit Vertretern der portugiesischen Regierung an.

Die FRETILIN würde eine Friedensmacht von osttimoresischen und indonesischen Truppen begrüßen, die gemeinsam das Grenzgebiet kontrollieren würden, um jegliches Mißverständnis und unnötige Konflikte zu vermeiden. Die FRETILIN glaubt, daß in dieser Friedensmacht beide Seiten in gleicher Anzahl vertreten sein müßten. Es ist von äußerster Dringlichkeit, daß dies unmittelbar geschieht. Die FRETILIN würde eine gemeinsame Konferenz mit Vertretern Portugals, Australiens und Indonesiens und den Führern Osttimors begrüßen, um alle Gerüchte und Mißverständnisse aus dem Weg zu räumen und Freundschaft und Zusammenarbeit unter den Völkern dieser Region zu fördern.

Die FRETILIN würde eine Untersuchungskomission begrüssen, bestehend aus ASEAN-Ländern, Australien und Neuseeland, als auch aus anderen Ländern und der Presse, um die Lage auf Osttimor zu untersuchen, die völlig unter der Kontrolle der FRETILIN ist.

Die FRETILIN ist der Meinung, daß die Stabilität in dieser Region für die Entwicklung der ASEAN-Länder von größter Bedeutung ist, und daß wir deshalb jetzt und in der Zukunft danach streben werden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen uns und den Ländern dieser Region zu fördern.

Die FRETILIN betrachtet die ASEAN als einen stabilisierenden Faktor und eine treibende Kraft für die regionale Zusammenarbeit. Eine Integration in der ASEAN nach seiner Unabhängigkeit würde Osttimor sehr von Nutzen sein.

Weiterhin glaubt die FRETILIN, daß eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern der pazifischen Region, Australien, Neuseeland, Fiji und Papua-Neuguinea zusammen mit der ASEAN erheblich zu der Entwicklung und zum Fortschritt Osttimors und zur politischen Stabilität des ganzen Gebiets beitragen wird.

Die FRETILIN glaubt, daß die Entwicklung von Osttimor größtenteils mit ausländischem Kapital geschehen wird. Wir würden deshalb Auslandsinvestitionen begrüßen, vorausgesetzt, daß die höheren Interessen des osttimoresischen Volkes gewährleistet bleiben.

Die FRETILIN möchte nochmals ausdrücklich betonen, daß die Revolutionäre Front für ein unabhängiges Osttimor eine nationale Befreiungsfront ist, die alle timoresischen Nationalisten vereint, ohne Diskriminierung der Rassen, der Religion oder politischer Überzeugung beruht.

Die FRETILIN erklärt, daß ihre Außenpolitik auf Unabhängigkeit und Ungebundenheit beruht.

F: Haben Sie Alliierte für die Verwirklichung dieser Forderungen gefunden?

A: Wir besitzen die Unterstützung der Regierungen von Mozambique und Tansania. Kürzlich stimmten Vertreter von 47 Regierungen afrikanischer Staaten für die Anerkennung der FRETILIN als einzige Vertreterin Osttimors. Wir haben viele Sympathien in der australischen Presse, bei australischen Organisationen, bei der australischen Labourparty und den Gewerkschaften und Kirchen. Wir haben unseren Standpunkt der niederländischen Regierung dargelegt und wir erhoffen uns jetzt die Unterstützung skandinavischer Staaten.

F: Nach Presseberichten, die allerdings meist aus Djakarta kommen, sind unschuldige Timoresen der FRETILIN zum Opfer gefallen, vor allem fühlten sich Mischlinge, Chinesen und Portugiesen bedroht.

A: Warum sollte die Befreiungsbewegung Osttimors die timoresiche Bevölkerung, zu der auch Portugiesen und Chinesen gehören, bedrohen? Es mag sein, daß Angehörige der winzigen Oberschicht – zu Recht – um ihre Privilegien fürchten, aber das ist ein ganz anderes Problem. Bedroht wird unsere Bevölkerung allein durch die indonesische Marine, die unsere Verbindungen zur übrigen Welt und die Lieferung von Lebensmitteln abschnüren. Es haben Massaker stattgefunden, aber durch indonesische militärische Aktionen oder Infiltrationen.

aus: Vierte Welt Aktuell

SOLIDARITÄTSFEST DER ROTEN HILFE FÜR DIE GANZE SCHWEIZ

ZÜRICH (ID) 15.Januar Am 6.Februar 76 veranstaltet die Rote Hilfe ein gesamtschweizerisches Solidaritätsfest. Diskussion und Beiträge werden von allen und im Besonderen von Daniel Cohn-Bendit und Peter Brückner geliefert; zur Situation der politischen Gefangenen in der Schweiz, Aktion Strafvollzug u.a.

Zum Fest gibts Musik von Sängern und Gruppen. Kontakt/Anmeldung: RH Zürich, Wiesenstraße 8,II,links.

SCHWEIZER ZIVILDIENST-MODELL

BASEL(ID) 5. Januar In der Schweiz gibt es bekannterweise keinen staatlich anerkannten Zivildienst als Alternative zum Militärdienstzwang. 1977 wird über die Einführung einer Zivildienstvorlage abgestimmt, die den Stempel des Eidgenössischen Militärdepartements trägt.

Wir bekämpfen einen zivilen Ersatzdienst, als Gnadenakt für auserlesene Militärdienstverweigerer, als konzeptionslose Arbeitsbrigade, als bloßer Lückenbüsser für soziale Mißstände, als Paralell-Armee: kaserniert, uniformiert, streng hierarchisch strukturiert. Der Zivildienst unterstützt gesellschaftlich Benachteiligte durch handfeste Arbeit.

Zivildienst läßt sich nicht am Schreibtisch der Politiker und Bürokraten erfinden! Deshalb organisieren wir Modell-Zivildienste. In den Jahren 1974 und '75 wurden unsere Forderungen in der Praxis erprobt. Während 3 Monaten arbeiteten Zivildienst-Gruppen in einer Bergregion zur Unterstützung der Bergbauern. In Zürich an einer Untersuchung über die Armutsbevölkerung. In Genf an der Verbesserung der Wohnverhältnisse von Behinderten und Betagten. Modell-Zivildienste wollen zeigen, was ein offiziell anerkannter Zivildienst sein könnte und sein sollte.

Auch 1976 wird ein Modell-Zivildienst stattfinden. vom Juli bis anfang Oktober. Voraussichtlich in der Region Basel und vielleicht wieder in Genf. Wir suchen Freiwillige für eine möglichst internationale Gruppe. Männer und Frauen. Nicht nur Militärdienstverweigerer sind angefragt und aufgerufen, sich zu beteiligen, einen Zivildienst zu gestalten, zu realisieren, auszuwerten und publik zu machen!

Service Civil International (SCI), Arbeitsgruppe Zivildienst-Modell, CH-4009 Basel, Postfach 119

ERKLÄRUNGEN

„WAS WILL DIE CNT UND DIE LIBERTÄRE BEWEGUNG"

BARCELONA/PARIS (ID) 5. Januar „Eine freie Föderation aller iberischen Völker. Wie eh und je: Freiheit für alle, ohne Behinderung und Betrug. Soziale Justiz ohne Einschränkungen. Wohlstand für alle Spanier. Das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das Ende des kapitalistischen Systems, das Ende des Lohnsystems. Das Verschwinden jeder Unterdrückung durch Mensch, Staat, Autoritäten, Diktatoren und Totalitarismus. Ein System des Zusammenlebens auf libertärer, solidarischer Ebene, in dem alle menschlichen Wesen – egal was sie denken – zusammenleben können: frei und harmonisch, ohne irgendeine Bedrückung. Und natürlich wollen wir, die Föderativen und Anarchisten, solange wir für diese Ziele kämpfen: das Maximum an unmittelbaren Verbesserungen jeder Art für die Arbeiterklasse, die ihr Handeln auf ihre völlige Emanzipation ausrichtet:



Arbeitstag von 6 Stunden.

Löhne, die den Existenzbedingungen entsprechen.

Freiheit des Denkens, der Rede, der Organisation, der Versammlung, der Presse.

Gewerkschaftsfreiheit.

Freiheit für alle politischen und sozialen Gefangenen.

Recht auf Arbeit ohne Entlassungen und ohne Zwangsboykott.

90 Prozent des Lohns im Streikfall.

100 Prozent Sozialversicherung im Krankheitsfall oder bei Unfällen: kostenlose medizinische, chirurgische und medikamentöse Versorgung.

Primar-, Sekundar- und Höhere Ausbildung für alle im technischen und universitären Bereich.

Kostenloses Schulmaterial.

Für jede Familie eine ausreichende Wohnung.

Sozialisierung der Banken, des Transportwesens, der Dienstleistungen wie Post, Fernmeldewesen, Telefon und Massenverkehrsmittel.

ARBEITER-KONTROLLE, SOZIALISIERUNGEN UND KOLLEKTIVIERUNGEN und noch vieles mehr!"

Vor 40 Jahren, am Beginn der sozialen Revolution in Spanien, die nach drei Jahren mit dem Sieg des vereinten Faschismus (Franco, Mussolini, Hitler) endete, war die spanische anarchistische Bewegung auf ihrem Höhepunkt: die CNT (Confederación Nacional de Trabajadores) als Gewerkschaft und die FAI (Federación Anarquista Iberica) als politische Organisation umfassten etwa 2 Millionen Mitglieder, Arbeiter und Intel ektuelle etc.

Zur Zeit hat die CNT ihr Büro in Paris, wo auch die Anarchistische Internationale AIT (Associación Internacional de Trabajadores) sitzt.



PSYCHOLOGISCHE KRIEGSFÜHRUNG MIT HILFE DER MASSENMEDIEN

KLAUS CROISSANT ZUM ZEIT-BERICHT

„Den deutschen Staatsschutzbehörden ist seit der Verbreitung der Nachricht über die Beteiligung Hans-Joachim Kleins an der Aktion in Wien bekannt, daß er Jean-Paul Sartre und mich am 4.12.74 zum Stammheimer Gefängnis gefahren hat, und daß er anschließend auf der Stuttgarter Pressekonferenz anwesend war.

Diese Informationen wurden erst jetzt als Manöver der psychologischen Kriegsführung einem das Vertrauen der Staatsschutzbehörden genießenden Journalisten der Wochenzeitschrift DIE ZEIT zugespielt, um auf diese Weise der Öffentlichkeit Verbindungen der Verteidiger der Gefangenen aus der RAF zu bewaffnet kämpfenden antiimperialistischen Gruppen zu suggerieren. Durch psychologische Kriegsführung soll die Bevölkerung mit Hilfe der Massenmedien gerade das glauben gemacht werden, was die fieberhaft und mit allen technischen und personellen Mitteln durchgeführten Ermittlungen der Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamtes (BKA) gerade nicht ergeben haben: das Bestehen solcher Verbindungen.

Hans-Joachim Klein hatte mich mit seiner Verteidigung in dem Ermittlungsverfahren bauftragt, in dessen Verlauf seine Wohnung in Frankfurt bei der Aktion „Winterreise" am 26. 11. 74 durchsucht worden war.

es Rechtsanwalt
Dr. Croissant"

DIE ANSPRACHE DER LESBEN AUF DEM FRAUENFESTIVAL IN KOPENHAGEN 1975

KOPENHAGEN (ID) 23. August Wir sind Lesben – Wir sind von der lesbischen Bewegung.

Wir sind gerade nach Hause gekommen von einer ganzen Woche auf Femø, wo wir,nur Lesben, zusammen waren. Eigentlich ist es falsch zu sagen, daß wir nach Hause gekommen sind. Wir sind zurückgekommmen – zurück in eine totale gesellschaftliche Unterdrückung.

– Fragen beantworten über Lesbischsein

– zur Schule gehen, wo Mädchen, die zu sammen sind, als Schwatzliesen angesehen werden

– zur Arbeit gehen, wo wir riskieren, daß wir rausgeschmissen werden, wenn wir Lesben sind.

– zurück in die Isolation und die Heimlichkeit der Stille

– zurück in die Unterdrückung einer Gesellschaft, die uns sehr gern anpassen würde

– eine Gesellschaft voller Leute, die uns sicher tolerieren würde, wenn wir nur ruhig sind, unsere sogenannte Abweichung für uns behalten und wie andere normale Leute leben.

Aber wir wollen im Gegenteil auf eine andere Art leben! Wir wollen nicht voneinander getrennt werden! Wir sind hier – immer noch, und wir brauchen immer noch Zeit, um uns zu erreichen. In Femø waren wir die ganze Zeit zusammen. An demselben Ort. Und niemand stellte unsere Existenz in Frage. Niemand zweifelte unser Lesbischsein an. Wir konnten dies eine Mal vollkommen glücklich sein, daß wir Lesben sind – und konnten es vollkommen sein. Es war wunderbar.

Und es entstanden Traumbilder, Traumbilder von einem Platz und einer Zeit, wo wir nicht zurückkommen müssen in eine Gesellschaft, in der wir Fremde sind, sondern wo die Gesellschaft ein Platz war, an dem wir jeden Tag sehen konnte, daß wir wachsen – ohne Einschränkung von einer feindlichen Umgebung.

–Wo wir ohne Furcht leben konnten

– Wo wir unsere eigene Kultur schaffen konnten

– Wo Arbeit in Übereinstimmung mit dem Rest von unserem Leben war

– Wo wir stolz darauf sein konnten, Frauen zu sein.

Wir bekamen eine Ahnung von diesen Möglichkeiten in Femø.

– Wir schnupperten das neue Leben

– Machten unsere eigene Musik

– Spielten zusammen ohne Konkurrenz

– Brauchten weder unsere Liebe noch alle anderen Gefühle zu verstecken. Wir redeten darüber, wer wir sind und wo wir gern hin wollten – kurz – wir waren zusammen, in einer so ruhigen und entspannten Atmoshäre, daß wir uns nur wünschen konnten, sie würde für immer andauern.

Und wir vergaßen fast den Rest von euch; vergaßen, daß die Linke Lesbischsein als bourgeoise Dekadenz sieht, vergaßen, daß hier draußen in der großen Öffentlichkeit Lesbischsein ein Störfaktor ist, d. er in den Intimbereich gehört, vergaßen die Glotzaugen der Leute, vergaßen, wie die Massenmedien und die Pornoindustrie aus uns Lesben Profit schlagen.

Aber wir wissen – dies ist nicht nur ein Alptraum. Wir sind hier – immer noch – wir leben immer noch in derselben Gesellschaft wie ihr – und wir hassen sie. Unsere Gesellschaft ist nicht nur eine Klassengesellschaft, darüberhinaus ist sie in Kasten aufgespalten. Lesben sind die niedrigste Kaste, total ausgeschlossen aus der Gesellschaft. In diesem Kastensystem sind Männer die Herrenkaste, sie haben wirtschaftliche und gesetzliche Macht über Frauen, unabhängig davon, welcher Klasse sie angehören.

Es sind Männer, die die heutige Gesellschaft geschaffen haben. Eine Gesellschaft mit männlicher Macht. Ein Patriarchat. Wir hassen das Patriarchat und greifen es an. Wir hassen es, von Männern definiert zu werden. Wir hassen Männer und greifen sie an – nicht Peter, der nebenan wohnt, oder Hans, der im Kindergarten arbeitet, wir hassen nicht den einzelnen Mann – sondern die männliche Macht und die männliche Art zu denken und zu handeln – weil sie uns Frauen unterdrückt.

Also sind wir Männer-Hasser, aber wir sind es, die den Männerhaß definieren.

Um überhaupt existieren zu können, sind wir gezwungen, gegen diese Gesellschaft zu kämpfen. Wir sind andauernd konfrontiert mit einer Welt, in der wir nicht atmen können. Und wir vergessen fast, daß wir leben könnten, wie wir es in Femø konnten. Die ganze Zeit leben wir in zwei Wirklichkeiten – eine uns aufgepreßte und eine selbstgeschaffene. Der einzige Weg auf dem wir mit dieser andauernden Frustration fertigwerden können, diesem andauernden Kampf, ist, indem wir die Isolation durchbrechen und zusammen kämpfen.

Die Lesbenbewegung ist aus dieser Notwendigkeit entstanden.

Die ersten lesbischen Selbsterfahrungsgruppen begannen in der Frauenbewegung ungefähr vor zwei Jahren, weil wir, die wir mit allen anderen unterdrückten Gruppen sympathisieren, unsere eigene Situation als Ausgangspunkt benutzen mußten und weil wir erkennen mußten, daß niemand anderer als wir dafür kämpfen würde, daß sich unsere Situation verändert. Innerhalb eines Jahres war die lesbische Bewegung Wirklichkeit geworden. Auch jetzt bilden sich immer noch neue Gruppen, sowohl Selbsterfahrungsgruppen als auch Arbeitsgruppen. Diese Gruppen, sind sehr wichtig für uns und wir benutzen sie, um uns gegenseitig zu unterstützen, um durchzuhalten und um die vielfältigen Aspekte der Unterdrückung wahrzunehmen.

Zusammen sehen wir, wie wir für unsere Befreiung kämpfen können, neue Wege zu finden, um unsere Situation zu verändern und wir finden heraus, was es für uns heißt, lesbisch zu sein und wofür wir es benutzen können. Denn – dies kann benutzt werden – es ist nicht unbedingt eine schlechte Situation, lesbisch zu sein, – im Gegenteil, wenn wir zusammen sind, ist eine äußerst günstige Situation, die viele Vorteile hat: Im Unterschied zu unseren heterosexuellen Schwestern in der Frauenbewegung leben wir nicht mit unseren Unterdrückern zusammen. Wir haben einige vollkommen unterschiedliche Möglichkeiten, uns selbst ganz als Frauen in Beziehung zu anderen Frauen zu verwirklichen. Unser Privatleben ist nicht getrennt von unserer politischen Arbeit, weil die Frauen, die wir lieben, denselben Kampf kämpfen. Nun wird jemand sagen: Ja, aber wie kann es politisch sein, wenn man lesbisch ist? Unsere Definition von „politisch" unterscheidet sich von der der Linken. Der Ausgangspunkt der Frauenbewegung ist im Unterschied zu diesen männlich-dominierten Gruppen die Situation der Einzelnen. Wir trennen das private und politische Leben nicht, denn unser privates Leben ist politisch. Es reicht nicht, die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen unserer Gesellschaft zu ändern, wenn wir nicht zur selben Zeit unser Bewußtsein, unser privates Leben ändern.

Hierin sehen wir uns klar im Gegensatz zur Linken. Sie sehen den Tag, an dem der Kapitalismus gestürzt ist, als den Tag an, an dem alle positiven Entwicklungen anfangen. Wir haben unsere Zweifel und Furcht vor diesem Tag. Wir wissen, es ist der Tag, an dem wir offen auftreten und stark sein müssen. An diesem Tag haben wir dem Drachen einen Kopf abgeschlagen, den Kopf, der überlebt. Und wenn wir alten Sagen glauben, werden bald neue Köpfe wachsen.

Das Privatleben von Lesben ist sehr von Politik bestimmt. Unsere Unterdrückung zeigt klar, daß Frauen, die ein von Männern unabhängiges Leben wählen, Frauen, die nicht nach der vorgeschriebenen Frauenrolle leben, unterdrückt und ausgestoßen sein werden. Darum ist es so wichtig, Lesbischsein bekannt zu machen — so wie wir die Unterdrückung aller Frauen deutlich machen!

Lesbischsein ist die Wirklichkeit vieler Frauen.
Lesbischsein ist nicht nur etwas, das in einem Bett passiert.
Lesbischsein ist kein privates Ereignis.
Die Unterdrückung der Lesben ist kein privates Ereignis.
Lesbischsein ist eine alternative Lebensmöglichkeit
Lesbischsein wird zu einer wertvollen Alternative für immer mehr Frauen.
Weil: je bewußter wir uns unserer Unterdrückung werden, desto absurder wird es, mit unseren Unerdrückern zu leben und desto natürlicher wird es sein, mit Frauen zusammen zu sein.
Lesbischsein ist in sich selbst eine Befreiung.
Wir können als Lesben den Weg für ein wertvolles Frauenleben vorbereiten.
Wir bereiten die Kulturrevolution der Frauen vor.
— weil wir in allen Situationen gegen die Geschlechtsrollen und die Sexualpolitisk der heterosexuellen Gesellschaft kämpfen!
— weil wir allen Frauen die Möglichkeit zeigen, unabhängig von ihren Unterdrückern zu leben.
— weil wir eine Frauenkultur schaffen, die das Patriarchat schwächt und die Möglichkeit einer vollkommen neuen Gesellschaft verwirklicht.
Wir fühlen uns solidarisch mit allen Frauen!
Wir kämpfen zusammen mit allen Frauen gegen unsere gemeinsame Unterdrückung.
Lesbische Politik ist keine Homosexuellenpolitik, sondern Frauenpolitik.

Lesbenkampf ist Frauenkampf — Frauenkampf ist Lesbenkampf

DOKUMENTATIONEN

VERTRAULICH

MADRID (ID) Januar 1976 Hierzulande wurde die Existenz der „Demokratischen Militärunion" (Union Militar Democratica-UMD) im vergangenen Sommer bekannt, als insgesamt 12 ihrer Mitglieder, alles Offiziere, verhaftet wurden. ID 99 brachte ihre politische Plattform und sagte leicht überhöht: „spanische MFA".

Jetzt ist uns ein Geheimdokument zugegangen, das aus den Reihen des Gegners der UMD stammt: Gerichtet an den Generalstabschef der spanischen Luftwaffe, ausgehend von Luftwaffenministerium. Datum: 4. August 1975. Vertraulich. Aus diesem Dokument veröffentlichen wir folgende Passagen:

IDEOLOGIE:
Ihre (der UMD, d. Übers.) Doktrin stützt sich grundsätzlich auf die Freiheit und soziale Gerechtigkeit; sie legt die Priorität auf Freiheit, — um nicht in einen utopischen Kommunismus zu verfallen und um ihre geheimen Ziele besser zu verdecken.

Man kann sie in einem Sozialismus europäischen Typs ansiedeln — sehr fortgeschritten, von demokratischem Zuschnitt — der einige marxistische Postulate aufgreift, obwohl er versucht, sie zu verstecken.

Ihre Stellung ist völlig regime-feindlich mit dem Ziel, die Bewaffnete Institution zu untergraben, um sie von der legalen Staatsmacht zu trennen.

ORGANISATION:
Sie ist zwar noch am Anfang, jedoch beharrlich und konsequent in ihren Zielen, die sie verfolgt. Sie besteht aus einer kleinen Anzahl von Hauptleuten und Offizieren der Armee und der Luftwaffe.

Ihre Organisation — auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene — hat große Ähnlichkeit mit den Kollegien (Versammlung und Komitees), die an der Spitze von geheimen Organisationen stehen.

Die Notwendigkeit, ihre Tätigkeit auszudehnen, zwingt sie, sich um die Gewinnung einer größtmöglichen Zahl von Mitgliedern der Streitkräfte zu bemühen.

Die Klandestinität, in der sie sich bewegt, zwingt sie zur Beachtung einiger elementarer Sicherheitsmaßnahmen. Ihre Ausgaben sind auf der Basis von Selbstfinanzierung gedeckt — wobei im Moment unbekannt ist, ob sie ökonomische Hilfe vom Ausland bekommt.

LINIE DER AKTION
Obwohl sie sich innerhalb der Spanischen Streitkräfte bewegt, schließt sie Kontakte zu Politikern, Journalisten etc. nicht aus. Ein gutes Beispiel dafür war die Pressekampagne, die bis vor kurzem anläßlich der Ereignisse im Militär in Barcelona lief.

Sie versucht, sich auf offene Aktivitäten gemeinsam mit der illegalen Opposition vorzubereiten für die Zeit, wenn die politischen Umstände und die objektiven Bedingungen aufgrund der „Institutionalisierung der Demokratie" in Spanien dies ermöglichen.

Ihr Konzept und ihre Ziele verletzen die Einheit der Spanischen Streitkräfte, den Gehorsam und die Disziplin, die das Wesen unserer militärischen Tugenden ausmachen; sie verletzen auch die Handlungsgrundlagen und die Aufgaben des Heeres, die das Grundgesetz aufstellt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN:
Aus all diesem kann man ableiten:
— Die UMD ist eine Geheimbewegung innerhalb der Streitkräfte die eine geringe Zahl von mittleren Rängen umfaßt, die in Opposition zu den Prinzipien und Aufgaben der Streitkräfte stehen.
— Sie ist eine kollektive und klandestine Aktion, um diese Ziele in die Tat umzusetzen — womit sie die Einheit und Disziplin innerhalb des Heeres verletzt."

Nach eigenen Angaben umfaßte die UMD im vergangenen Sommer etwa 1000 Militärs.

DIE PRIEMGRUPPE

FREIBURG (ID) Eindrücke von der Einjahrfeier der faschistischen Organisation „Kampfgruppe Priem e.V." Freiburg am 4. Juni 1975 im Hotel Landwasser in Landwasser und was sich seither dazu sonst noch ereignete.

Ungefähr 30 Menschen, davon drei Frauen, trafen sich, um das einjährige Bestehen der Kampfgruppe Priem zu feiern. Die Hälfte davon war zwischen 20 und 25 Jahre alt, einige dürften meiner Schätzung nach um die 40 gewesen sein, der Rest der Anwesenden um die 60 Jahre alt. Erschienen waren nicht nur die Mitglieder der eigentlichen Kampfgruppe, sondern auch z.B. lang- und kurzhaarige Jugendliche der Gruppe Annaplatz! (Die Annaplätzler waren vor ungefähr zwei Jahren eine Halbstarkengruppe, die gerne schlägerte und politisch nach keiner Richtung hin orientiert war. Heute ist ihr Verhältnis zur „Priem" mal feindlich, mal so, daß man zu ihr hält. Der Annaplatz liegt gegenüber dem „Priemzentrum" in der Kirchstr. 55, Richtung Günthersthal.)

Außerdem waren vier Mitglieder des Kampfbundes Hanau anwesend. (Ein Elternpaar mit zwei Söhnen um 20 Jahre alt, mit kurzen Lederhosen bekleidet und Abzeichen am Hemd, der Vater mit einem Armeehemd geschmückt.) Des weiteren ein Mitglied des Kampfbundes Deutscher Soldaten", Herr Erwin Schönborn aus Frankfurt, mindestens ein Mitglied der Freiburger Jugendorganisation der NPD (Junge Nationaldemokraten) und einige noch nicht organisierte Personen, von denen sich einige am Ende der Veranstaltung von der Priem als Mitglieder aufnehmen ließen.

Die Veranstaltung wurde vom Vorsitzenden der Priem eröffnet. Er ist Ende 20, hatte sich eine Krawatte umgebunden, schulterlanges Haar, und erzählte vom Entstehen der Gruppe durch sieben Gründungsmitglieder vor einem Jahr. Inzwischen sei die Gruppe nach seinen Angaben, trotz einiger Austritte, auf 50 Mitglieder angewachsen, von denen sich allerdings einige nicht aktiv am Gruppenleben beteiligten (zwei mal die Woche Sport- und Schießübungen). Sein Ton (er wurde mit Priem oder Hitlerjohnny angeredet — sein bürgerlicher Name ist Arnulf Winfried Priem, Freiburg, Kirchstr. 55, DDR-Flüchtling, Besitzer eines kleinen Hauses mit Tankstelle) war freundlich und ungezwungen. Überhaupt war der Ton der „Kameraden" (so bezeichnen sie sich selbst) wie auch der Umgang miteinander hilfreich und zuvorkommend, nicht rüpelhaft oder großmäulig. Manchmal waren sie durch den offiziellen Rahmen etwas im Gange gehemmt, ansonsten spielten sie genauso gerne Flipper wie ich. Nur um auf die aufgestellten Büchertische ausgelegten Schriften rechter Miniverlage mit kleinen Auflagen und teuren Preisen kümmerten sie sich kaum. (Einige Titel: Anna Franks Tagebuch — eine Fälschung, Die Endlösung der Judenfrage, Adolf Hitler — ein Idol, Fest und sein Zeuge (Versuch der Widerlegung der Jugendvergasung in KZ's).

Da die Veranstaltung im Kellergeschoß stattfand, waren am oberen Eingang zum Hotel immer ein paar Ordner, die vergeblich auf die randalierenden Linken warteten, die nicht kamen. Mehr im Hintergrund hielten sich immer einige anscheinend wohlsituierte Männer, um die 40 Jahre alt, auf, die später bei den Geldspenden auff..n sollten.

Über den Vorsitzenden erzählte mir einer der anwesenden Jugendlichen, daß dieser zwar einen riesigen Haß auf die Linken habe, aber auch schon welche früher in seinem Haus habe übernachten lassen — und nicht nur Gesinnungsfreunde, wenn sie arbeitslos oder gerade aus dem Knast entlassen waren.

So widersprüchlich die bisherige geschilderten Eindrücke sind, so verwirrend gings weiter: das erste der zwei am Abend gehaltenen Referate hielt ein vom Aussehen her sympathischer junger Mann von ungefähr 30 Jahren, und er sagte etwa folgendes:

Die Kommunisten hätten es bei den Demonstrationen in Heidelberg (Juni 75) gegen die neuerliche Fahrpreiserhöhung nur darauf abgesehen gehabt, Terror in die Straßen dieser Stadt zu bringen. Gegen die Fahrpreiserhöhungen wären sie sowieso — nur nebenbei —, da die meisten von ihnen (Studenten eingeschlossen) ja doch schwarz fahren würden. Nach einem Seitenschlag gegen die RAF (er sagte Baader-Meinhof-Bande) empörte er sich über die Zahlungen der BRD an Israel, worauf der nächste Redner darauf aufmerksam machte, daß es ihnen bei ihrer Kritik nicht um die Juden als Juden gehe, sondern um die Zionisten und gegen den Staat Israel. (Darum wohl das Buch von der Endlösung der Judenfrage? ?) Inzwischen hatte er seinen anfänglich freundlichen Ton zu einem Geschrei besteigert. Nachdem er einige Haßtiraden gegen die Linken in der BRD vom Stapel gelassen hatte, und über die wirtschaftliche Not der jetzt Arbeitslosen sich beklagte, beruhigte er sich wieder etwas im Ton.

Gegen Ende seines Vortrages bot er sein Patentrezept an, mit dem er hofft, daß er zu seinem Endziel, der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem „Deutschen Reich" kommt. Von diesem Reich erhofft er sich auf, daß es keine solchen Wirtschaftskrisen mehr gäbe, wie die jetzige. Seine Strategie beinhaltet die Zusammenarbeit der BRD mit China zum Zwecke der Einkreisung der UDSSR.

Während eines kurzen Gesprächs in einer Pause sagte er zu mir, nachdem er wußte, daß ich ein Linker bin, daß er es gut fände, wenn ihm ein Linker mit einfachen Worten und an Beispielen belegt, politische Dinge erkläre. Was er hasse, wäre, wenn die Linken so hochnäsig wären, einen anpöpelten oder mit „Schnauze halten" anfingen.

In seinem Vortrag kündigte er an, daß die Priem in nächster Zeit verstärkt an die Öffentlichkeit treten werde, daß sie den Linken zeigen wolle, daß sie nicht alleine in Freiburg sind. (Bei seiner Hochachtung vor einigen Linken war der Totenkopf auf der kostenlosen Eintrittskarte wohl ein saublöder Scherz?)

Der zweite Redner versuchte zu beweisen, daß es während der Hitlerzeit in Deutschland gar keine Judenvergasungen gegeben habe, und die KZ's nur groß angelegte Gefangenenlager gewesen wären. Um dieses These zu stützen, beabsichtige er, in nächster Zeit ein Buch herauszubringen, er, Erwin Schönborn, der in Frankfurt seinen eigenen Verlag hat, ebenso wie er im Frankfurter Presserat und im Vorstand eines Fußballvereines Sitz und Stimme hat, Leutnant in der Wehrmacht und Kriegsgefangener war, sich selbst nicht als „Neonazi", sondern (wofür er viel Beifall erhielt) als alten Nazi bezeichnete und das III. Reich und die NSDAP in Ehren hält. Politisch aktiv ist er nach eigenen Angaben erst seit wenigen Jahren.

Er bedauert es, daß der Freiburger Uni-Historiker H. Winkler nicht zur Veranstaltung gekommen sei, um mit ihm über seine These der Nichtvergasung von Juden als Juden zu diskutieren. Er meint, die Juden seien nur ein kleiner Anzahl getötet worden, und zwar wegen Desertierens, Diebstahls und ähnlicher Delikte. Er forderte mich auf, diese Diskussion nachträglich durch eine linke Gruppe organisieren zu lassen, was ich ihm aber nicht versprechen konnte.

Ansonsten versuchte er zu begründen, warum, nachdem die NPD versagt habe, es gelte, eine neue Organisation aufzubauen. Seiner Meinung nach ist die SPD mit Brandt, Wehner und der von ihr verschuldeten Krise als auch die FDP indiskutabel. Ebenso Franz Josef Strauß samt CDU/CSU, da dieser deren Bundestagsfraktion dazu gebracht habe, bei der Verabschiedung der Ostverträge mit Moskau und Warschau 1970 sich nur der Stimme zu enthalten, anstatt mit Nein zu stimmen. Richard Löwenthal vom ZDF ist für ihn wegen persönlicher Streitereien nicht akzeptabel.

In den Vortragspausen spielte die Versammlungsleiterin, ein nett aussehendes Mädchen, von einem Cassettenrecorder popige Musik à la Floh de Cologne mit politischen Texten, die z.B. Parolen enthielten wie „Weg mit der Mauer", „Vorwärts mit der Kampfgruppe Priem", „Für die Arbeiter und den Nationalsozialismus".

Gegen Ende der Veranstaltung wurden Geldspenden gesammelt, wobei sich an deren Höhe zeigte, daß einige Spenden und Gönner recht gut bei Kasse sein müssen. Zum Schluß wurde die 1. und die 4.Strophe des Deutschlandliedes gesungen.

Eine Diskussion hätte auch stattfinden sollen. Es meldete sich aber nur der sportliche Altpapa aus dem Hanauer Kampfbund mit einem Rechenbeispiel zur Judenfrage, so daß die Diskussion ins Wasser fiel. Ich selbst hatte zu viel Schiß, offen gegen die 30 Teilnehmer alleine als Linker argumentieren zu müssen. Dafür hatte ich mich ein wenig mit meinem Tischnachbarn (20jähriger Junge mit kurzen Haaren) unterhalten. Vom Aussehen her hätte er ein Shitfreak sein können. Nachdem ich ihn fragte, ob er das auch alles glaube, was hier so erzählt wurde, sagte er mir, daß er sich da nicht so auskenne, und ich doch einen anderen Jungen mit Brille fragen solle, der würde sich da besser auskennen (anscheinend der einzige Student außer mir an dem Abend.) Ich blieb aber sitzen, worauf er mich kurz darauf zu einem Bier einlud. Mein Tischnachbar hatte eine unkomplizierte Art und war freundlich. Kurze Zeit später bot er mir an, mich nach Hause zu fahren, was ich auch annahm. Im Auto (Ford 12 m) angekommen, versorgte er zuerst seinen entsicherten Revolver ins Handschuhfach (den habe er wegen der erwarteten Schlägerlinken bei). Danach schaltete er seinen Cassettenrecorder an, aus dem sanfte Cat Stevens-Musik klang. (...)

Geht man von der Höhe einiger Spenden und dem Aussehen (sehr gewagt) aus, so ist zumindest nicht auszuschließen, daß die PRIEM einige Gönner hat, die mit Geld nicht schlecht versorgt sind, also der finanziell noch gesicherten Mittelklasse angehören. Auffallend ist auch folgende Sache. 2 bis 3 Mitglieder der PRIEM (teilweise Studenten) beteiligten sich vor ungefähr 2 Jahren noch an Demonstrationen der Freiburger Linken. Wegen Haschischbesitz mußte zumindest einer von ihnen kurz in den Knast. Als er wieder entlassen war, ließen ihn die Linken fallen, und der Typ erhielt (zufällig) von der PRIEM Unterstützung.

Inzwischen soll die Mitgliederzahl der Priem gestiegen sein und ein Teil der Gruppe in Nürnberg einen Kurs für faschistische Kampforganisationen mitgemacht haben. (...)

Auch anderswo ist die Kampfgruppe aktiv. Bei einer Kundgebung gegen die 5 spanischen Todesurteile wurden einige Teilnehmer von der Polizei verhaftet.
Ein Teil der anderen zog daraufhin zur Polizeiwache am Stadttheater und erreichten die Freilassung der Festgenommenen.

Auf einmal waren aber einige Priemler da, die mit Pro-Franco- und antikommunistischen Parolen den Linken in die Innenstadt nachzogen. Als die nun 30 Linken vor der Badischen Zeitung in der Gasse neben dem Martinstor eine Presseerklärung forderten, riegelten 15 Priemler die Gasse ab und schlugen zu, wobei sie die mitgebrachten Schlagringe und Ketten nicht verwendeten. Die Linken hielten schlecht zusammen, suchten sich meist einzeln zu retten und die wenigen Priemler waren hart im Nehmen.

(Aus: „Links unten" Nr.5, Freiburger Stadtzeitung)

DEMENTI – EIN FÜR ALLE MAL

(Nach der Lektüre der Entwürfe zum neuen § 130 a StGB)

ich
peter-paul zahl geboren
am 14.märz 1944 in freiburg/breisgau
erkläre hiermit:
ich peter-paul zahl
bin nicht identisch
mit peter-paul zahl geboren
am 14.märz in freiburg/breisgau
der unter dem namen
peter-paul zahl gedichte
romane artikel kritiken hörspiele
erzählungen und andere subversiva
veröffentlicht
von allen strafrechtlichen
maßnahmen gegen mich
bitte ich abzusehen
und sich dafür
an peter-paul zahl
zu halten der
wie oben ausgeführt
ein völlig anderer ist
und mir auch nicht
im geringsten bekannt
oder verwandt
gegeben im knast ossendorf zu köln
im dezember anno '75 — der obige

MEDIENZENTRUM UND VIDEOTHEATER

MÜNCHEN (BLATT,ID) 6. Januar „Arbeit mit elektronischen Medien kosten viel Geld." Alternative Videoarbeit „autonomer" Gruppen/Stadtteilzentren etc. zielt auf ökonomische Eigenständigkeit und lebt von der Unterstützung durch die lokale Bevölkerung. Wir (eine Münchner Mediengruppe) fordern aber auch Gelder aus dem staatlichen Kulturetat!

In der Provinz Quebec in Kanada (Separatistische Bewegung der französischsprachigen Bevölkerung!) wurde mit staatlichen Geldern (1971) ein kommunales Medienzentrum aufgebaut, in dem die Bevölkerung Videobänder kostenlos produziern und in einem Videotheater anschauen kann.

Wir wollen dieses Modell zur Diskussion stellen, weil wir von der Stadt München Gelder (Räume, Geräte, etc.) für ähnliche Medienarbeit fordern:

„Praktisch ist das, was beim Videographe läuft,eine Möglichkeit für die Bürger (Gruppen und Individuen), Projekte auf Magnetband durchzuführen.

Wir machen für jede Produktion ein Budget, legen die Drehzeit fest etc., und wir sorgen für die Ausrüstung, Bänder und Geld, um zu gewährleisten, daß die Produktion läuft.

Wenn die Produktion gemacht ist, versuchen wir abzusichern, daß dieses Dokument leben und zirkulieren kann und von den Leuten verwendet und gesehen werden kann. Das geschieht auf mehrere Weisen:

Erstens wird es im Videotheater gezeigt. Unser Videotheater faßt 115 Plätze. Die Sitze sind kreisförmig angeordnet um 6 Monitore, die in der Mitte des Raumes an der Decke aufgehängt sind. Diese Anordnung erlaubt zugleich das Anschauen der Bänder als auch die Diskussion unter den Zuschauern und anwesenden Produzenten. Normalerweise wird ein Dokument eine oder 2 Wochen lang im Videotheater gezeigt, und wir haben jeden Abend außer Montag Vorstellung."

Wie vorgesehen, erwies sich das Videotheater als bedeutendes pädagogisches Element für die Hersteller von Bändern. Mehrere Produziernde machten nach der ersten öffentlichen Vorstellung und der anschließenden Diskussion einen Neuschnitt. Wenn das Dokument im Videotheater gezeigt worden ist, wird es auf Kasette (3/4 Zoll) überspielt. Auf 4 Monitoren, die sich gleich am Eingang befinden, können sich die Leute mithilfe von Kopfhörern ein gewünschtes Band in Ruhe anschauen.

Das Programm umfaßt mehrere 100 Titel: Videoproduktionen, die mit den Mitteln von Videographe hergestellt wurden, solche, die eingeschickt wurden von kanadischen und ausländischen Gruppen, aber auch 8 mm-, Super-8- und 16 mm-S/W-Filme, die auf Magnetband überspielt wurden.

Zu jedem Dokument, das in den Räumen gezeigt oder dem Videographe überlassen wurde, werden ein Poster und ein Video-Zettel (Video-fiche) gemacht. In regelmäßigen Abständen werden die Video-Zettel mit frankiertem Rückumschlag etwa 600 Persor oder Institutionen (audiovisuelle Zentren, Kulturzentren, kommunale Fernsehstationen, Gewerkschaften etc.), die Halbzoll-Geräte besitzen, zugeschickt. Um ein Dokument zu erhalten, muß man nur im frankierten Umschlag ein Band schicken, dessen Länge der des gewünschten Dokuments entspricht. Das Band wird kostenlos von Videographe bespielt und zusammen mit einigen Posters zurückgeschickt. Die Veranstalter einer Vorführung können damit auf die Existenz des Bandes werbend hinweisen.

Wir haben eine sehr offene Programmpolitik. Ein Band kann ein politisches Dokument sein, ein soziales Dokument, eine Dokumentation im klassischen Sinne, ein Spielfilm, eine erfundene Geschichte oder eine formelle Recherche. Wir haben einige politische Bänder gehabt, die der Bundesregierung gegenüber sehr giftig gewesen sind oder ein Band über die Aussperrung von Druckereiarbeitern, das von diesen in ihrem Kampf sehr oft verwendet worden ist. Wenn jemand eine Vorstellung organisieren will, sei es in der Fabrik, oder sei es in der Gewerkschaft, stellen wir Monitore und ein Abspielgerät zur Verfügung.

Die Betroffenen kommen aber auch selbst zu Videographe, z.B. schauen sich Gruppen von Lehrern und Schülern mehrmals pro Woche „L'ecole aux mains des etudiants" an, ein Band, in dem ein Schuldirektor in einem Interview von der allmählichen Übernah der Schule durch die Schüler berichtet. Das Band hat in anderen Schulen große Resonanz gefunden.

Schon 3 Monate nach Eröffnung des Videographe (Nov. 1971) waren 51 Produktionen geplant und in Arbeit und sogar 17 davon schon fertiggestellt, obwohl Videographe selbst keine Werbung gemacht hatte. Das Alter der Produzierenden reicht von 12 bis 68 Jahre. Das Durchschnittsalter ist 24 Jahre. Die meisten kommen, weil sie in Video ein Medium sehen lernen, um sich selbst und ihre gesellschaftliche Lage auszudrücken und um Erfahrungen zu erwerben. Etwa ein Viertel möchte im audiovisuellen Bereich Arbeit finden. Etwa die Hälfte sind Studenten. Ein Viertel der Bänder ist von Frauen gemacht. Eine Produktionsgruppe besteht durchschnittlich aus 5 Leuten. Das Durchschnittsbudget für eine Produktion beträgt (incl. dem fiktiven Mietpreis für die Geräte) 1385 kanadische Dollar (entsprechen etwa dem Wert des US-Dollar), Drehzeit: 9 Tage, Bildmontage: 16 Tage, Tonmontage 22 Stunden. Pro Produktion werden durchschnittlich 10 Videobänder und 2 Tonbänder verwendet. „Es gibt Leute, die ein 2. Band gemacht haben, aber nicht viele. Man kann nicht von einem festen Stamm von Produzenten sprechen. Zu jedem Zeitpunkt läuft eine gewisse Zahl von Produktionen (für die Dauer von einigen Wochen). Dann werden die einzelnen Projekte beendet, neue werden eingefügt oder in den Produktionsplan aufgenommen. Das hat zur Folge, daß das Publikum im Videotheater ständig wechselt. Im Durchschnitt haben wir 30 bis 40 Personen pro Vorstellung. Außerdem haben wir etwa 25 bis 30 Personen, die sich die Videokassetten auf einem der Einzelmonitore anschauen."

Obgleich der Zugang der Bürger zu den Medien eine der Prioritäten des Programms der Societé Nouvelle/CC (CC = Challage for change; eine staatliche Gesellschaft, die das Projekt finanziert!) ist, bestand kein einziges Forschungs- und Informations-zentrum, dessen Ziel es gewesen wäre, die elektronischen Medien den Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen. Wenn man vom unschätzbaren pädagogischen Wert der andersartigen Produktionsform mit Video ausgeht (Wahl des Sujets durch eine Gruppe von Bürgern, Analyse seiner Parameter, Dreh- und Montageprozeß), ist es notwendig, die mobile Halbzolltechnik zu verwenden und die Schwierigkeiten ihrer Montage zu lösen. (Sie ist tragbar, im Gegensatz zu den Studiokameras, und von Produktionsräumen unabhängig, sie ist relativ preisgünstig, verglichen mit Ein- oder Zweizolltechnik, sie ist standardisiert im Gegensatz zur Einzolltechnik). Verkürzt gesagt, verfolgt Videographe eine doppelte Intention:

- in Bezug auf die „Magnetoscopie": Die ersten Erfahrungen von Robert Forget, dem Initiator und Direktor des Projekts, mit Video stammten aus dem internen Einsatz in Communities und in der Gruppendynamik. Man könnte sagen, daß Video dort eher eine Spiegelfunktion hat: Es ist nicht das Ziel, eine Botschaft zu verbreiten, sondern eher, sich des Mediums als Mittel der Distanzgewinnung und Selbstkritik zu bedienen oder als Technik, die es ermöglicht, seine Umwelt und sich selbst zu fassen. Dokumente, die in solch einem Kontext hergestellt werden, sind für ein fremdes Publikum kaum von Wert und kaum „konsumierbar". Um aus der „Magnetoscopie" ein Ausdrucksmedium zumachen, müssen mindestens 2 Bedingungen erfüllt sein:
  a) dem Medium ein Bindeglied geben, das ihm bisher gefehlt hat, d.h. ein anderes Auditorium als die Produzenten selbst. Von daher die Idee des öffentlichen Videotheaters.
  b) die Halbzoll-Geräte so modifizieren, daß sie der größtmöglichen Zahl sämtliche Montagemöglichkeiten (Bild und Ton) eröffnet. Von daher die Idee des technischen Forschungsprogramms.
- in Bezug auf die Jugend: Weil sie sozusagen mit dem Fernsehen geboren und dieses für sie zu einer Form der Sprache geworden ist, von der sie beherrscht werden, sollte gerade die Produktionsmittel von Videographe nutzen. Zudem sind ihr die Türen von Radio Canada, Radio Quebec und dem Office National du Film verschlossen, während die audiovisuellen Zentren der Schulen und Universitäten überfüllt sind. Die „Magnetoscopie" hat die Besonderheit, daß das Sendeinstrumnet zugleich das Produktionsinstrument ist. Wo es einen Konsumenten gibt, gibt es auch einen Produzenten und einen möglichen Hersteller.

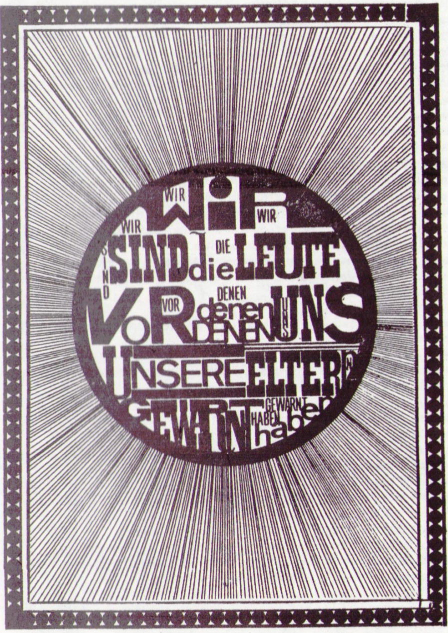
Es existieren schon soviele Videobänder, die sehenswert sind, Wo sind diese Bänder?

Es gibt keine Distributionseinrichtungen. Der Zugang der Bürger zu den Medien setzt logischerweise den Aufbau eines Netzes zum freien Austauch von Dokumenten voraus. Von daher die Idee der Distribution auf Bestellung.

„Meines Wissens überlassen die meisten Gruppen, die viel mit Video arbeiten, die Montagephase einem Techniker, einer ausführenden Person. Nach unseren Regeln sollen die Bürger die Montage selber machen. Deshalb ist es wichtig, daß die Geräte leicht zu bedienen sind und die Resultate bestmögliche Qualität haben. Also haben wir sehr viel Energie innerhalb unseres Forschungsprogramms auf das Problem der Montage verwandt."

Forschungsergebnisse macht Videographe interessierten Gruppen, Individuen und Institutionen zugänglich. (Anleitungen für den Umbau von Schnittgeräten und für verbesserte Tonmontagen erhältlich bei: Office National du Film du Canada, 3155 Cote-de-Liesse, P-31 Montreal 379, Quebec; Bulletin technique no. 10, Modifications apportees au magnetoscope en vue d'ameliorer le montage des enregistrements magnetoscopiques sur ruban 1/2 pouce.)





eine gemeinschaftsaktion von:
édition trèves (55 trier 1, box 14o1)
wolfgang kubier (konstanz)
re-press (5 köln 5o, i. lerchenfeld 9)

Eines der bekanntesten Gedichte Kim Chi Ha's, des zum Tode verurteilten koreanischen Dichters.

Ein Aufruf für Kim Chi Ha wurde in der BRD bereits veröffentlicht und u.a. von Horst Bingel, Prof. Gollwitzer, Jakob Moneta, Frank Wolff unterzeichnet. Gesammelt werden die Unterschrifenlisten bei ESG, Lessingstr. 2, 6000 Frankfurt am Main.

**Einmal eines Abends, als rot die Sonne sank,
stemmte er beide Beine fest auf die Erde,
rollte die Augen
und sprach diese Worte:
Kann ja eine Sau ankotzen ... das Leben hier!
Hatte aber die Worte so rasch herausgerasselt,
daß sich's anhörte wie ein gräßliches Klirren.
Handschellen schlossen sich um seine Gelenke,
man zerrte ihn fort,
und sogleich wurde er vor Gericht gestellt.
Pong-pong-pong! klopfte der hölzerne Hammer.
"Wessen wird er beschuldigt?" –
"Sein Verbrechen, Herr Richter, ist:
mit beiden Beinen auf der Erde stehend,
hat er ein Gerücht geäußert." –
"Hoho! – also ein Kapitalverbrechen!
Ja, unter genannten Umständen, Angeklagter,
hast du eine ganze Serie von Verbrechen begangen:
das Verbrechen, mit deinen Schritten innezuhalten ohne Erlaubnis,
das Verbrechen (für Leute deiner Herkunft ein Verbrechen), überhaupt zu pausieren,
das Verbrechen einer jeder Gesinnung baren inneren Einstellung,
das Verbrechen, sich als Armer aufrechte Menschen-Art anzumaßen,
das Verbrechen des Zeitverbrauchs mit gedanklichen Spekulationen,
das Verbrechen zielloser Trägheit,
das Verbrechen der Unzufriedenheit aus Willens-Verlust,
das Verbrechen einer Wirklichkeitssicht, nach der du dich selbst für eine treibende Wolke hältst,
das Verbrechen, ungeniert in die Luft zu glotzen,
das Verbrechen der eigenmächtigen Ausweitung gewisser Gehirnpartien,
das Verbrechen, in Verkennung deiner Person das auf eine exklusive Schicht beschränkte Privileg des Müßiggangs zu verletzen,
das Verbrechen, sich undankbarerweise einer nationalen Politik zu verweigern, die unter absolutem Pausenverzicht auf Produktionssteigerung zum Zwecke des Export-Ausbaus gerichtet ist,
das Verbrechen, ein Gerücht zu erdichten zur Irreführung der Öffentlichkeit und Täuschung des Volkes,
das Verbrechen, dasselbe äußern zu wollen,
das Verbrechen, dasselbe auch zu äußern,
das Verbrechen, dasselbe verbreiten zu wollen,
das Verbrechen, dasselbe tatsächlich zu verbreiten,
das Verbrechen der Unehrerbietigkeit gegenüber dem Land der Ahnen,
das Verbrechen der Erniedrigung der Muttersprache,
das Verbrechen, die Verhältnisse bei uns mit einem dem Tierreich entnommenen Begriff zu beschreiben,
das Verbrechen, die Wahrscheinlichkeit zu beschleunigen, daß die Nationen der Welt unter eben diesem Aspekt urteilen über unser Land,
das Verbrechen der Störung des Investitionsklimas,
das Verbrechen, soziale Unordnung zu fördern beziehungsweise soziale Verunsicherung auszulösen,
das Verbrechen der Volksverhetzung,
das Verbrechen der Verzweiflung,
das Verbrechen des Pessimismus,
das Verbrechen der Weltflucht,
das Verbrechen, einen Zusammenstoß für möglich zu halten,
das Verbrechen eines oppositionellen Bewußtseins,
das Verbrechen, ein oppositionelles Bewußtsein zu propagieren,
potentiell auch das Verbrechen der Bildung einer anti-nationalen Gruppe aufgrund stillschweigenden Einverständnisses,
sowie das Verbrechen, zu erkennen, daß Kräfte zur Planung einer anti-nationalen Konspiration vorhanden sind und derartige Ideen latent ohne weiteres aufrechterhalten lassen.
Und damit nicht genug:
Da du ferner verstoßen hast gegen die Sondererlasse zur Lenkung der Gesellschaft,
wirst du für schuldig erklärt.
Hiernach sind, gemäß Gesetz, unmittelbar nach Verkündung dieses Urteils
vom Körper des Angeklagten abzutrennen:
ein Kopf,
auf daß er nie wieder Gerüchte erdichten und äußern kann,
zwei Beine,
auf daß er nie wieder mit beiden Beinen auf der Erde stehen, sich nie wieder aufrührerisch und hochmütig erheben kann,
das Glied samt Hoden,
auf daß sich der rebellische Samen des Angeklagten nicht ausbreiten kann.
Da dennoch die Gefahr des Widerstandes besteht,
werden ihm die Hände rückwärts in Eisen geschlossen,
wird sein Rumpf in eine wassergetränkte Lederweste gezwängt,
bekommt er einen festen, gut eingepaßten Knebel in den Hals,
um so eine fünfhundertjährige Haft zu verbüßen
– lautet unser ernster,
– lautet unser feierlicher,
unser erhabener Spruch ..."**